

12/1995 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen



Verantwortung für Deutschland und Europa

Unter diesem Motto feiert die CDU in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen. Sie drückt damit den Stolz auf das in diesen Jahren Geleistete aus und auch den Anspruch, die Zukunft mitzugestalten. (Seite 2 bis 4)

Heute Aktuell

- **Bundshaushalt**
Helmut Kohl: Für eine Politik des Umdenkens in einer sich dramatisch verändernden Welt. Rede in der Haushaltsdebatte. Seite 5
- **Sozialdemokraten**
NRW-SPD: Rückzug auf Raten. Seite 29

- **Sozialhilfe**
Wirksam helfen – gerecht gestalten. Eckpunkte für eine Reform der Sozialhilfe. Seite 30
- **UID Extra**
Erinnerung und Mahnung. Musterrede zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Europa. Beilage im Innenteil

In der nächsten Ausgabe des UID:

Wortlaut der Rede
von Bundeskanzler
Helmut Kohl auf dem
Klimagipfel in Berlin

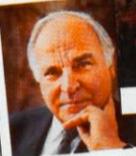
50 Jahre CDU

**Einheit leben**

Als die Bundesrepublik
1949 gegründet wurde, war
Deutschland noch geteilt.
Die CDU hat sich für
die Einheit eingesetzt.

Erfolgreiche Politik seit 50 Jahren

Die CDU hat in 50 Jahren
eine erfolgreiche Politik
geführt. Sie hat die
Bundesrepublik
aufgebaut und
entwickelt.



50 Jahre jung

Die CDU hat die
Soziale Marktwirtschaft
eingeführt und die
dynamische Rente
gegründet. Sie hat
den Familienlastenausgleich
und das Erziehungsgeld
eingeführt.

Die CDU hat die
Einheit Deutschlands
erreicht und die
Einbindung in das
westliche Bündnis
erreicht. Sie hat
den Ausbau Europas
erreicht.

Die CDU hat die
Soziale Marktwirtschaft
eingeführt und die
dynamische Rente
gegründet. Sie hat
den Familienlastenausgleich
und das Erziehungsgeld
eingeführt.



CDU
Verantwortung für Deutschland und Europa

• Illustrierte

Hans-Joachim Reck: Feiern Sie mit!

Die CDU Deutschlands feiert in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen. Sie hat in dieser Zeit Deutschland entscheidend mitgestaltet. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist sie die führende politische Kraft.

Die CDU hat die Soziale Marktwirtschaft, die dynamische Rente, den Familienlastenausgleich, Erziehungsgeld

und Erziehungsurlaub eingeführt und die Aussöhnung mit Frankreich, die Einbindung in das westliche Bündnis und den Ausbau Europas erreicht. Der Politik der CDU ist es zu verdanken, daß heute die deutsche Einheit verwirklicht ist.



Die Union hat in den zurückliegenden 50 Jahren erfolgreiche Politik für Deutschland gemacht. Darauf können wir mit Recht stolz sein. Es ist ein Grund zum Feiern.

Wenn wir feiern, müssen wir den Rückblick auf das 50jährige Wirken mit dem Anspruch verknüpfen, durch die Weiterentwicklung des Bewährten diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Wir wollen unser Land in eine gute Zukunft führen, die Politik für Deutschland im 21. Jahrhundert mitgestalten. Deshalb sollen unsere Feiern nicht nur unsere Erfolge darstellen, sondern auch unsere Visionen zur Diskussion stellen.

Die CDU gibt aus Anlaß des 50jährigen Bestehens eine Vielzahl von Materialien unter dem Motto „Verantwortung für Deutschland und Europa“ heraus. Dazu gehört ein **Aktionsleitfaden**, in dem viele Anregungen für „Geburts-tagsveranstaltungen“ vor Ort, ihre Planung, Organisation und Durchführung zusammengefaßt sind.

Darüber hinaus gibt es als Informationsmaterial eine **Illustrierte**, eine umfangreiche Dokumentation über die Geschichte der Christlich Demokratischen Union, einen 20minütigen **Videofilm** und als modernes Medium eine **CD-Rom**.

Mit unserem Gewinnspiel „Politik gestaltet Zukunft – gestalten Sie mit“

wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur einen Spielanreiz geben. Wir wollen vielmehr damit auch ihre Meinung über ihre Ideen für die Zukunft erfahren. Damit eröffnen wir zugleich einen Dialog, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sofern sie noch nicht Mitglied der CDU sind, zu einer aktiven Mitarbeit und Mitgliedschaft motivieren soll.

Die verdienten Mitglieder, die die Geschichte der CDU aktiv begleitet und vor Ort mitgestaltet haben, sollen mit besonderen **Ehrenurkunden und Ehrenadeln** geehrt werden.

Ihnen gebührt unser besonderer Dank, denn das Profil und die Leistungen unserer Partei auf allen Ebenen über die 50 Jahre wäre ohne sie nicht möglich gewesen.

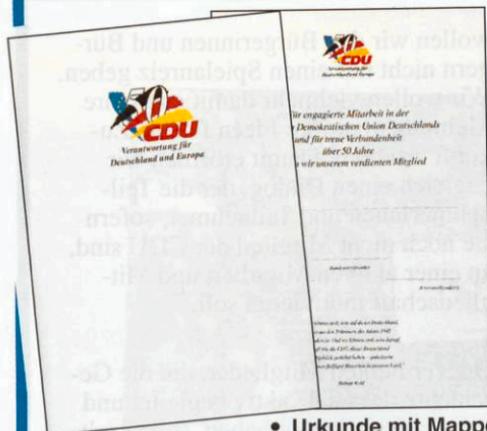
• Aktionszeichen

50 Jahre CDU Deutschlands sind Grund zum Feiern. Deshalb bitte ich alle unsere Mitglieder, Amts- und Mandatsträger, dazu beizutragen, daß wir unser 50jähriges Bestehen großartig einsetzen, um uns in der Öffentlichkeit als erfahrene und doch jung geliebene Partei dar- und vorzustellen.

Die von der Bundesgeschäftsstelle vorbereiteten Materialien bieten dazu vielfältige Hilfen und Anregungen.

Machen Sie mit!
Feiern Sie:
CDU – 50 Jahre jung!





• Urkunde mit Mappe

Der Aktionsleitfaden „50 Jahre CDU“ sowie Reproduktionsvorlagen werden den Kreisverbänden unmittelbar nach Ostern kostenlos zur Verfügung gestellt. Einzel-exemplare können – solange der Vorrat reicht – bei der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundes-geschäftsstelle angefordert werden.

**20. Juni '95, 16 Uhr
Bad Soden
Hasselgrundhalle**

CDU
Verantwortung für Deutschland

• Rahmenplakat (Muster)

- **Illustrierte „50 Jahre CDU“**
Bestell-Nr.: 2062
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 250 Expl.: 77,— DM zzgl. MwSt.

- **Buch „50 Jahre CDU“**
(Lieferbar in der ersten Mai-Hälfte)
Bestell-Nr.: 5059
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25,— DM zzgl. MwSt.

- **Rahmenplakat DIN A1**
Bestell-Nr.: 8064
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 30,— DM zzgl. MwSt.

- **CD-Rom „50 Jahre CDU“**
(Lieferbar in der ersten Juni-Hälfte)
Bestell-Nr.: 9058
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 20,— DM zzgl. MwSt.

- **VHS-Video „50 Jahre CDU“**
(Lieferbar in der ersten Juni-Hälfte)
Bestell-Nr.: 9061
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 12,— DM zzgl. MwSt.

- **Aktionszeichen als Pin** (vergrößerte Abbildung auf Seite 3)
(Lieferbar in der ersten Mai-Hälfte)
Bestell-Nr.: 9063
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 25,— DM zzgl. MwSt.

- **Ehrenurkunde „50 Jahre“ mit Mappe**
Bestell-Nr.: 0071
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 30,— DM

Die Anstecknadel zur Ehrung der 50-jährigen Mitgliedschaft befindet sich zur Zeit noch in Arbeit. Sobald diese verfügbar ist, werden wir Sie über den UID informieren.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum Postfach 11 64,
33759 Versmold, Fax (0 54 23) 4 15 21

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Für eine Politik des Umdenkens in einer sich dramatisch verändernden Welt

Wir sprechen heute im Rahmen der Generalausssprache nicht zuletzt auch über die wirtschaftliche Lage. Sehen Sie, in unserer Erinnerung stehen die Debatten zur wirtschaftlichen Lage am Vorabend der Bundestagswahl – das war im September 1994, bei den ersten Reden über diesen Haushalt – und vom November 1993, als es um den 94er Etat ging. Herr Abgeordneter Scharping, wenn Sie noch einmal alles nachlesen, was Sie und Ihre Kollegen alles prophezeit haben, dann müssen Sie sich doch eigentlich fragen: Was wollen Sie uns noch an Prognosen über Weltuntergang bei uns in der Bundesrepublik zumuten?

Sie sind durch die Gegend gezogen und haben Katastrophengemälde gezeigt. Aber die Realität sieht doch bei allen Sorgen, die wir haben, ganz anders aus. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß sich die Aufschwungkkräfte in Deutschland durchsetzen. Wir erwarten für dieses Jahr ein Wachstum von ca. 3 Prozent. Es ist doch unübersehbar, daß der Prozeß des wirtschaftlichen Aufschwungs vorankommt. In diesem Jahr werden wir in Ostdeutschland ein reales Wachstum von ungefähr 10 Prozent haben. Wahr ist ebenfalls – das können Sie noch so lange bestreiten –, daß sich der Arbeitsmarkt zwar langsam, aber durchaus positiv entwickelt. Das gilt für Westdeutschland und ebenso für die neuen Länder.

Aber diese Entwicklung ist noch kein

Grund zur Genugtuung. Jeder hier im Saal weiß, daß das Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu stabilisieren, die Herausforderung der deutschen Innenpolitik bleibt. In allen vergleichbaren modernen Industrienationen erleben wir seit vielen Jahren, daß am Ende jeder Rezession der Sockel der Arbeitslosigkeit höher ist als zuvor. Das macht uns betroffen. Wenn Sie genau hinschauen, dann können Sie überall, gerade bei uns in

Rede des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 30. März

Deutschland, unschwer erkennen, daß die Welle von Rationalisierungen, die über die Betriebe hinweggegangen ist und geht und die zum Teil dramatisch schnell die Betriebsergebnisse verbessert hat, in vielen Fällen durch den Abbau von Arbeitsplätzen erkauft worden ist.

Hinzu kommt etwas, was ich für besonders wichtig halte, nämlich die Erkenntnis, daß im Wege des Ab- und Umbaus in den produzierenden Bereichen vor allem jene Arbeitsplätze abgebaut werden, die durch geringere Anforderungen gekennzeichnet sind. Anders ausgedrückt: Die geringer Qualifizierten haben schlechtere Möglichkeiten und bleiben eher außen vor oder werden freigesetzt. Deswegen ist die wichtigste Herausforderung der nächsten

Jahre – das ist in anderen Ländern in Europa genauso –, daß wir Arbeitsplätze nicht nur im gehobenen Bildungssektor, sondern vor allem auch dort schaffen, wo früher etwa Hilfsarbeiter und ungelernete Arbeitskräfte ihre Chance hatten und wo heute besonders abgebaut wird. So schwierig dies ist, ich bin dennoch der Auffassung, daß wir durch gemeinsame Bemühungen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen, der Gewerkschaften und der Wirtschaft, der Politik und der öffentlichen Hand das Notwendige zur Transparenz und zur Flexibilisierung beitragen.

Mehr Teilzeitarbeit

Ich bin nach wie vor völlig unzufrieden, daß wir in der Frage der Teilzeitarbeit nicht richtig vorankommen. Ich erwarte mir von diesem Bereich nicht das Heil für alles. Aber es ist doch ganz unbestreitbar, daß es auf die Dauer nicht vernünftig sein kann, daß es in Deutschland nur 14 Prozent oder 15 Prozent Teilzeitarbeitsplätze gibt, während es z. B. in den Niederlanden 34 Prozent oder 35 Prozent sind. Es darf auch nicht so sein, daß jetzt wieder die Diskussion geführt wird – übrigens nicht zuletzt im öffentlichen Dienst; ich nehme hier Bund, Länder und Gemeinden durchaus zusammen –, daß Teilzeitarbeit eine Sache der Frauen ist. Das halte ich für ganz falsch. Die Chancen, die sich hier eröffnen, müssen wir wahrnehmen. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind da. Es ist für mich kein Trost, daß wir im Verhältnis zu anderen Ländern immer noch besser dastehen. Wir haben vom Frühjahr 1983 bis 1990 über drei Millionen neue Arbeitsplätze in der alten Bundesrepublik geschaffen.

Warum soll es denn nicht möglich sein, auch auf diesem Feld mit gemeinsamer Anstrengung wieder ein gutes Stück voranzukommen?

Auch wenn es stimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland unter den großen Industrieländern nach Japan die niedrigste Arbeitslosenrate aufweist, besteht kein Anlaß, sich auszuruhen und sich zu feiern. Wir haben Erfolge beim Thema Jugendarbeitslosigkeit. Es ist weniger ein Verdienst der heutigen Generation als der Generation vor uns, daß mit dem dualen System eine erstklassige Chance für junge Leute geschaffen wurde, rechtzeitig eine gute Ausbildung zu bekommen.

Es ist doch bemerkenswert, daß unsere Jugendarbeitslosenrate nur ein Viertel des europäischen Durchschnitts beträgt. Der EU-Durchschnitt liegt bei 19,5 Prozent, in der Bundesrepublik sind es knapp 5 Prozent.

Im Hinblick auf die Kapitalmarktzinsen in den großen Industrieländern haben wir eine günstige Position. Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung des Zentralbankrats vom heutigen Tag – ich bekomme dies gerade von Bundesminister Bohl gereicht –, die für die Entwicklung unserer Konjunktur und die monetäre Situation insgesamt förderlich ist. Die Entscheidung geht in die richtige Richtung.

Herr Abgeordneter Scharping, als Sie dauernd über die soziale Dimension der Politik klagten, haben Sie wie üblich völlig verschwiegen: Wir haben eine Inflationsrate, die jahrelang gesunken ist und jetzt bei 2,4 Prozent liegt. Ich bleibe bei der These: Die beste Sozialpolitik für Rentner und viele Millionen Menschen mit kleinen Einkommen ist die Wahrung der Stabilität der Währung. Deswegen ist es entscheidend, daß wir uns darum kümmern.

Wolfgang Schäuble hat trotz Ihres Protestes vorhin zu Recht gesagt, daß wir eine Gratwanderung machen müssen: auf der einen Seite gewachsene internationale Verantwortung, auf der anderen Seite Verantwortung für unsere Währung und strik-

ter Konsolidierungsbedarf. Bei allen Klagen, die von der deutschen Exportwirtschaft geäußert werden, ist doch unübersehbar, daß die Stabilität der D-Mark eine gute Sache ist. Können Sie sich die Debatte vorstellen, die heute stattfände, wenn die D-Mark in den Strudel geraten wäre? Ich bin stolz darauf, daß sich unsere Politik, nicht zuletzt auch die Politik des Bundesfinanzministers – sein hohes internationales Ansehen hat sehr viel damit zu tun –, im Vertrauen in die D-Mark widerspiegelt.

Ein Stück Anerkennung

Daß wir die enormen Sonderbelastungen für den Staatshaushalt in den letzten vier Jahren nicht einfach wegstecken können, ist auch wahr. Ich habe jetzt erste Notizen über neue IWF-Zahlen, die in ein paar Tagen erscheinen werden, gelesen. Ich finde es schon sehr bemerkenswert, daß das Urteil über die Bundesrepublik Deutschland nicht nur sehr viel positiver ausfällt, sondern, daß darin auch ein kleines Stück Anerkennung für die einmalige Leistung enthalten ist, die deutsche Einheit finanziell verkraftet zu haben.

Man muß auch das deutlich sagen: Bei alledem, der deutschen Einheit, dem Wiederaufbau und der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern bei gleichzeitiger schwerer Rezession, der schwersten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, haben wir über 146 Milliarden DM Unterstützungsleistungen für Osteuropa gegeben. Allein für die neuen unabhängigen Staaten, vor allem für Rußland, haben wir pro Kopf zehnmals soviel gezahlt wie beispielsweise die Französische Republik und die Vereinigten Staaten von Amerika. Das gehört doch auch zum Bild Deutschlands in dieser Zeit.

Weil hier wieder zum Teil absurde Vorstellungen über den Bereich der Innenpo-

litik im Hinblick auf Asylbewerber geäußert wurden: Es ist doch auch wahr, und das hat viel mit der Solidarität im Bereich der finanziellen Unterstützung zu tun, daß die Bundesrepublik Deutschland mit weitem Abstand die meisten Flüchtlinge und Asylbewerber in der Europäischen Union aufnimmt, und zwar mehr als 70 Prozent.

Wenn wir gleichzeitig im Vergleich der öffentlichen Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im G7-Bereich auf dem zweitbesten Platz stehen – die Bundesrepublik mit 53,7 Prozent, die USA mit 64,2 Prozent, bei einem OECD-Durchschnitt von 70,2 Prozent –, dann ist natürlich viel zu tun. Ich bin der letzte, der sagt, wir hätten in diesen vier, fünf Jahren alles richtig gemacht. Wir haben dazugelernt und haben uns verbessern müssen, aber insgesamt ist das eine gewaltige Leistung, und sie wird in der ganzen Welt anerkannt.

Staatsquote reduziert

Und dann, Herr Abgeordneter Scharping, haben Sie mich in der Auseinandersetzung mit meinem Amtsvorgänger in den 70er Jahren zitiert. Die Schulden, die damals aufgelaufen waren, waren nicht Schulden infolge der deutschen Einheit und der Hilfe für Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Es waren hausgemachte Probleme, die Sie damals zu vertreten hatten.

Daß man das ändern konnte, haben wir ja ebenfalls bewiesen. Wir haben zwischen 1982 und 1990 den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt zurückgeführt und sind wieder auf eine Staatsquote in der Nähe von 46 Prozent gekommen. Sonst wäre die deutsche Einheit 1990 und in den folgenden Jahren gar nicht finanzierbar gewesen. Das ist doch die Realität.

Das heißt – und dazu bekenne ich mich

auch: Wir müssen jetzt von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern verlangen, daß wir diese Finanzierung gemeinsam solidarisch tragen. Zugleich müssen wir den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Die Begrenzung der Staatsausgaben wird natürlich nicht überall Freude erwecken. Dennoch, Theo Waigel hat recht mit dem, was er hier vor ein paar Tagen gesagt hat. Das Jahr 1996 wird ein Jahr der Steuersenkungen – immerhin mit einer Gesamtentlastung von 30 Milliarden DM – werden.

Eine ganz einfache Frage

Nun gibt es, weil Sie in der SPD sich vom solidarischen Denken verabschiedet haben, eine große Diskussion im Blick auf den Solidaritätszuschlag. Ich finde, das, was sich hier entwickelt, gehört zu den erbärmlichen Schauspielen der jüngeren deutschen Geschichte.

Ich füge ausdrücklich hinzu: Sie sind bei dieser Haltung nicht allein, leider. Ich habe noch die vielen Stimmen im Ohr, die mir zugerufen haben: Du mußt nur Opfer verlangen! Die Leute sind gern bereit, Opfer zu bringen!

Jetzt höre ich von dem einen oder anderen, daß Kirchenaustritte mit dem Solidaritätszuschlag zusammenhängen. Das ist theologisch eine sehr einfache Begründung. Ich höre wiederum von anderen, daß das nicht zumutbar sei. Sie kennen das alles.

Ich habe eine ganz einfache Frage an jeden von uns. Die meisten, die hier im Saal sitzen, vor allem die, die aus Westdeutschland kommen, aus der alten Bundesrepublik, und die in meinem Alter oder etwas jünger sind, aber trotzdem dabei waren, haben doch erlebt, wie wir in den 50er und 60er Jahren an Weihnachten Lichter in die Fenster stellten. Es war dann die Rede von den „Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands“.

Denn als wir von den Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands sprachen, hatten Sie längst die endgültige Trennung im Kopf. Sie haben das Recht verwirkt, für Brüder und Schwestern in ganz Deutschland zu sprechen. Da waren Sie auf der falschen Seite.

Wir haben immer wieder gesagt: Wir wollen die Einheit. Wir wollen, wenn es auch Geld kostet, alles tun. Es sind damals in der deutschen Diskussion von den großen demokratischen Parteien ganz andere Summen genannt worden. Ich will sie gar nicht aufzählen.

Jetzt haben wir für ein paar Jahre Opfer zu bringen. Wir werden den Solidaritätszuschlag so früh wie möglich abschaffen, aber erst dann, wenn es vertretbar und verantwortbar ist.

Wenn auf Kirchentagen und bei anderer Gelegenheit von den Brüdern und Schwestern in Afrika, Asien und Lateinamerika gesprochen wird, dann ist es auch angemessen, von den Brüdern und Schwestern in Rostock und Frankfurt/Oder zu reden. Die unsere Unterstützung brauchen.

Besonders schäbiges Spiel

Besonders schäbig ist das Spiel, das Sie von der SPD jetzt in der Landtagswahl getrieben haben, indem Sie in Hessen die Leuten sagen: „Ihr zahlt zuviel“ und Sie dann ein paar Kilometer über die Grenze nach Thüringen gehen und sagen: Ihr bekommt zuwenig. Das ist keine Politik! Wenn ich über die wirtschaftliche Entwicklung rede, dann muß ich ein kurzes Wort – es war in der Debatte ja viel davon die Rede, nicht nur heute, sondern in diesen Tagen – zum Standort Deutschland sagen. Zu den Elementen des Standortes Deutschland gehört eine sichere, eine kostengünstige, eine umweltfreundliche Energieversorgung.

Bis vor wenigen Jahren waren wir uns

doch auch völlig einig, daß ein ausgewogener Energiemix von Mineralöl, Erdgas, Kohle, Kernenergie und erneuerbaren Energien sowie Energiesparen eine der entscheidenden Voraussetzungen ist, um Ökonomie und Ökologie miteinander zu verbinden.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben sich davon verabschiedet. Die Begründung, die Sie bis heute geben, ist überhaupt nicht überzeugend, denn Ihre eigenen politischen Freunde in anderen Ländern Europas haben wenigstens einen Weg des Übergangs gefunden.

Sicherheit verbessern

In Schweden hat eine Volksabstimmung – nicht einmal eine parlamentarische Abstimmung – eine bestimmte Entscheidung gegen Kernkraft erbracht. Die folgende Regierung die jetzige, sozialdemokratisch geführte Regierung macht es genauso – hat versucht, eine Übergangslösung über Jahrzehnte hinaus zu erreichen, trotz des Ergebnisses der Volksabstimmung.

Man mag ja darüber streiten, was im Jahr 2020 oder 2030 sein wird. Aber es kann doch nicht vernünftig sein, jetzt dafür zu kämpfen, daß die weit über 20 Kernkraftwerke in der früheren Sowjetunion bzw. den Nachfolgerepubliken, die das Sicherheitsniveau von Tschernobyl haben, geschlossen werden. Es kann doch angesichts der wirtschaftlichen Lage in diesen Regionen nur ein Narr verlangen, daß diese Kernkraftwerke geschlossen werden. Also müssen sie sicherer gemacht werden.

Wenn wir gleichzeitig die Chance, Sicherheitsverbesserungen vorzunehmen, unsere Industrie auf der Höhe der Zeit zu halten, vergeben, so ist das weder eine vernünftige Politik noch nützt es dem Standort Deutschland. Es ist ein Ausstieg aus einem Stück Zukunft.

Im übrigen wissen Sie doch bei aller Diskussion um CO₂-Einsparziele so gut wie ich, daß Sie das, was wirklich notwendig ist – das gilt jedenfalls für Deutschland und vergleichbare Länder in den nächsten Jahren gemeinsam –, mit einem Ausstieg aus der Kernkraft, wie Sie ihn proklamieren, nicht erreichen können.

Bei aller Unterstützung für Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien – Sie finden mich bei all diesen Dingen völlig offen für ein Gespräch und für Entscheidungen – kann doch niemand glauben, daß die eigentliche Gefährdung im CO₂-Bereich auf diese Art und Weise gestoppt und beseitigt werden kann.

Deswegen ist es wichtig, daß wir jetzt versuchen – in ein paar Wochen ist ja die Wahl in NRW vorbei; die saarländische Wahl war bereits –, zu einem Gespräch der Vernunft auch in Sachen Steinkohle zu kommen. Denn so einfach, wie Sie es sich machen, vor allem der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, ist es nicht. Er hat nun wirklich nichts getan. Seine Amtszeit ist lang, aber was er zur Strukturverbesserung mit Blick auf die Steinkohle getan hat, kann ich beim besten Willen nicht erkennen.

Was wollen Sie?

Sie rufen lautstark: Wir brauchen das Geld aus Bonn. In der nächsten Stufe sagen Sie dann: Wenn das Geld nicht kommt, dann machen wir einen Marsch auf Bonn. Mich beeindruckt Sie mit beidem überhaupt nicht. Sie können jetzt bei den Energiegesprächen Punkt für Punkt sagen, was Sie wirklich wollen. Aber es kann nicht angehen, daß, wenn es um die Sicherung der Arbeitsplätze der Bergarbeiter geht, wir, der Bund, dafür zuständig sind und Sie für die Propaganda vor Ort.

Vielmehr sind Sie genauso in Bund und Ländern – in den Ländern haben Sie die Mehrheit – für einen vernünftigen Ener-

giemix in der Zukunft verantwortlich und dafür, daß in Deutschland Ökonomie und Ökologie versöhnt werden, daß wir die Schöpfung bewahren.

Wenn Sie sich an Ihren Hoffnungspartnern, wie Sie glauben, bei den GRÜNEN, orientieren, werden Sie keine Zukunft gewinnen. Denn die GRÜNEN können diese Position nur vertreten, weil sie sicher sind, daß andere die Zukunft sichern.

Kurzes Gedächtnis

Zu meinem Erstaunen sind heute von Ihrer Seite, Herr Abgeordneter Scharping, aber auch von anderen unsere Beziehungen und unser Verhältnis zum Nachbarn Polen in die Debatte gebracht worden. Es gehört schon ein ziemlich kurzes Gedächtnis dazu, den CDU-Vorsitzenden zum Thema Polen anzusprechen.

Zunächst einmal lege ich Wert auf die Feststellung, daß wir in der Christlich Demokratischen und Christlich-Sozialen Union – das war immer auch die Politik in den Koalitionen mit den Freien Demokraten – den Satz aus der Regierungserklärung Konrad Adenauers von 1949 ganz wichtig nahmen. Er sagte damals ungefähr – ich formuliere das einmal aus dem Gedächtnis –: Wir wollen Aussöhnung und Frieden mit allen unseren Kriegsgegnern von gestern – vor allem mit Frankreich und mit Polen – und auch mit dem Staat Israel. Ich denke, unsere Politik hat in all diesen Jahren dazu beigetragen, dieses Ziel zu erreichen oder ihm näherzukommen.

Mit Blick auf Israel hat das heute nacht der israelische Ministerpräsident in seiner öffentlichen Erklärung noch einmal deutlich gemacht. Im Blick auf Frankreich – auch da habe ich Sie überhaupt nicht verstanden – haben wir doch Beziehungen entwickelt, von denen wir vor 50 Jahren nur träumen konnten.

Herr Abgeordneter Scharping, daß es da Interessengegensätze gibt und daß man nicht in Paris sagen kann: So wird es gemacht, und wir dem nur nachfolgen, sondern daß wir auch einmal sagen: Wir möchten etwas anderes, das ist doch unter Freunden normal.

Wenn die Beziehungen so schlecht wären und die Repräsentanten der deutschen Politik, Klaus Kinkel oder Helmut Kohl, so schlecht wären, wie wäre es dann überhaupt zu erklären, daß die französischen Spitzenkandidaten so großen Wert darauf legen, mit Bildern von uns im Wahlkampf aufzutreten?

Als Vorsitzendem der Sozialdemokraten in Europa muß Ihnen doch aufgegangen sein, daß Ihr Kollege Jospin nach Deutschland kam, um zu demonstrieren, wie sehr ihm an der deutsch-französischen Freundschaft und am Kontakt zu bestimmten Persönlichkeiten gelegen ist. Also, verschonen Sie uns wirklich damit.

Zum Thema Polen

Ich spreche das Thema Polen an, weil ich hier meine Erfahrungen mit deutschen Sozialdemokraten habe. Einige sind ja noch im Bundestag, die das miterlebt haben. Wir hatten in der CDU/CSU eine scharfe, schwierige Diskussion in den Jahren 1975/76, als es um den sogenannten großen Vertrag zwischen Deutschland und Polen ging; Sie wissen das. Es gab wilde Debatten hier im Bundestag, in denen die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion dagegen gestimmt hat. Wir haben dann nach einer dramatischen Entwicklung am 12. März 1976 mit der Mehrheit aller Stimmen der CDU/CSU-geführten Länder – ohne uns wäre nichts geschehen – im Bundesrat den Vertrag akzeptiert. Alle Ministerpräsidenten einschließlich meines

Freundes Alfons Goppel, des Bayerischen Ministerpräsidenten, haben zugestimmt. Herr Scharping, ich erwähne es deswegen, weil ich damals erlebt habe, wie weit parteitaktisches Denken bei Ihnen gehen kann. Sie haben an jenem Tag fest damit gerechnet, daß wir auf Grund unserer großen inneren Schwierigkeiten keine Mehrheit zustande brächten. Sie hatten schon Millionen Flugblätter gedruckt, um uns im Wahlkampf als diejenigen anzuprangern, die die Polen-Verträge zerstören wollen. Sie haben damals schäbig gehandelt, und Sie haben heute zu diesem Punkt schäbig gesprochen.

Nachhilfe nicht nötig

Dann war hier die Rede von Solidarnosc. Herr Fraktions- und Parteivorsitzender Scharping, wo war denn die deutsche Sozialdemokratie 1981/82? An der Seite der Solidarnosc? Wer hat denn von den deutschen Parteien dieser neu aufkommenden Gruppierung die ersten, auch materiellen, Unterstützungen gegeben? Hier sitzt Norbert Blüm, der Ihnen bestätigen wird, wer die Gespräche mit dem jetzigen Präsidenten der Polnischen Republik geführt hat. Ich habe keinen Bedarf an Nachhilfeunterricht in Sachen Polen, in Sachen Solidarnosc und in Sachen Freiheit in Polen. In Polen käme auch niemand auf den Gedanken, das zu sagen, was Sie hier gesagt haben.

Denn die politische Führung, auch die jetzt gerade neu ins Amt gekommene polnische Regierung, der Ministerpräsident wie der Außenminister, und ganz gewiß der Staatspräsident, wissen sehr genau, daß die Bundesregierung und hier insbesondere der Bundesaußenminister und auch ich bei jeder Gelegenheit das Notwendige getan haben, um Polen etwa den Weg in die Europäische Union zu ebnet. Wenn Sie sehen, was Volker Rühe im

Bereich der NATO tut, dann kommen Sie zur gleichen Erkenntnis. Sie konnten vor wenigen Wochen in den Zeitungen lesen, was der polnische Ministerpräsident anlässlich des EU-Gipfels in Essen zu diesem Thema gesagt hat und daß er sich bei den Deutschen bedankt hat.

Was soll das also? Wenn Sie unsere Politik nicht mögen, ist das Ihre Sache. Sie sollten aber eine Grundausrüstung an Fairneß haben und die Dinge nicht so ganz falsch darstellen.

Zum Thema 8. Mai

Jetzt erlauben Sie mir ein Wort zu der Gedenkfeier am 8. Mai. Ich versuche wieder zu dem Thema zu kommen, um das es hier eigentlich geht und das doch jeden von uns berührt, gleich, ob er in jenen Tagen schon dabei war oder später geboren ist.

Am 8. Mai jährt sich zum 50. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. Das muß für uns alle in allererster Linie ein Tag des Gedenkens und der Selbstbesinnung sein, auch bei ganz unterschiedlichen Lebensläufen.

Wir erinnern uns an diesem Tag an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, an die Millionen ermordeter Juden, an die ermordeten Sinti und Roma und an viele andere. Wir erinnern uns auch an das Leiden unschuldiger Männer, Frauen und Kinder aus anderen Völkern wie auch aus unserem eigenen Volk.

Millionen von Soldaten aus vielen Nationen ließen auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs, den Hitler entfesselt hatte, ihr Leben. Millionen gerieten in Kriegsgefangenschaft, viele kehrten als Kriegsversehrte in die Heimat zurück.

Wir haben guten Grund, an diesem Tag auch derer zu gedenken, die bei Flucht und Vertreibung Schlimmes erlebt haben

und die ganz unschuldig waren, die nicht für sich als einzelne die Verantwortung zu tragen hatten, die aber in die Kollektivschuld unseres Volkes geraten sind.

Wir gedenken an diesem Tag der Frauen, die vergeblich auf ihre Männer gewartet haben, und der Mütter, die vergeblich auf ihre Söhne gewartet haben. Wir gedenken der vielen Kinder, die im Zweiten Weltkrieg Vater oder Mutter verloren haben.

Das Kriegsende bedeutete für uns Deutsche die Chance zum Neubeginn. Es ermöglichte Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern, hat dem größeren Teil unseres Volkes in der dann gegründeten Bundesrepublik 40 Jahre Freiheit geschenkt. 1990 kam dann die Wiedervereinigung.

Wenn man noch einen Sinn für die Würde unseres Volkes hat, kommt man zu dem Ablauf des 8. Mai, den wir überlegt hatten. Wolfgang Schäuble sprach davon. In den allerersten Gesprächen des Bundespräsidenten, der Bundestagspräsidentin und des Bundesratspräsidenten, der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und des Bundeskanzlers waren wir uns einig, daß wir versuchen wollten, diesen Tag unter uns zu begehen. Es war gar keine Rede vom Einladen ausländischer Gäste.

Auf Wunsch Mitterrands

Das ist eine Überlegung, die man sehr wohl anstellen kann. Es war gedacht, daß der Bundespräsident wie schon vor zehn Jahren die Hauptrede hält und daß eine Ansprache der beiden Parlamentspräsidenten – Bundestagspräsidentin und Bundesratspräsident – die Rede des Bundespräsidenten einrahmt. Das war unsere Vorstellung.

In diese Vorbereitung kam dann, und zwar plötzlich – ich bin dennoch dafür sehr dankbar –, der Wunsch des französischen Präsidenten François Mitterrand, an die-

sem Tag in Deutschland zu sprechen. Wenn François Mitterrand einen solchen Wunsch deutlich macht, muß man gleichzeitig auch bedenken, daß am Tag vor dem 8. Mai, am 7. Mai, die Stichwahl für die Wahl des Präsidenten der Französischen Republik stattfindet, daß heißt, daß in der darauffolgenden Woche seine Amtszeit endet.

Feste Freundschaft

Er selbst hat ja auch öffentlich erklärt, daß seine Rede auf den Champs-Élysées am Grabmal des unbekanntem Soldaten am Morgen des 8. Mai sein letzter öffentlicher Auftritt in Frankreich sein soll. Nun ist François Mitterrand nicht irgend jemand: Er hat mehr als viele andere dazu beigetragen, daß in seiner 14jährigen Amtszeit die deutsch-französische Freundschaft sprichwörtlich in der Welt geworden ist.

Er hat in vielen Stationen dieser Jahre gemeinsam mit uns und nicht zuletzt mit mir als Regierungschef in Deutschland die Sache Europas vorangebracht. François Mitterrand ist in seinem Leben dreimal aus deutscher Gefangenschaft ausgebrochen.

Er hat unser Land – das ist in diesen Tagen in einer literarischen Würdigung deutlich geworden – in seinem kulturellen und geistigen Gehalt in einer Weise in sich aufgenommen wie wenige andere. Ich finde, wir haben allen Grund, stolz zu sein, daß dieser Mann am 8. Mai bei uns in Deutschland sprechen wird. Das kann jeder nachvollziehen.

Angesichts der Tatsache, daß wir bis vor wenigen Jahren von den „vier Statusmächten“ in Deutschland sprachen – diese Zeit liegt nicht so weit zurück, daß wir alles vergessen haben –, war es doch ganz naheliegend, die Überlegung anzustellen, daß wir die Vier Mächte, die für das, was dann zur deutschen Einheit führte, ganz

entscheidend waren, einladen. Es ist nicht alles vergessen, was in diesen Jahrzehnten geschehen ist, beispielsweise die Garantie der Freiheit Berlins. So kommen Vizepräsident Al Gore, Premierminister John Major und der russische Ministerpräsident.

So entstand das Konzept, das der Würde unseres Landes, den Beziehungen zu unseren Freunden und Partnern entspricht und das – was mir vor allem wichtig ist – nicht rückwärtsgerichtet ist, sondern Perspektiven für die Zukunft aufweist.

Nicht kleinreden

In diesem Zusammenhang darf man, Herr Abgeordneter Scharping, auch daran erinnern, daß das Treffen jetzt in Berlin 50 Jahre nach Potsdam stattfindet. Auch jemand wie ich weiß noch, wer in Potsdam am Tisch gesessen hatte; ich brauche die Ermahnung nicht, die Sie mir vorhin gegeben haben. Es ist eigentlich ziemlich naheliegend, daß wir sagen: In diesen 50 Jahren haben wir – nicht allein die hier Sitzenden, sondern ganze Generationen vor uns; ich schließe alle meine Amtsvorgänger ausdrücklich ein – diesen Weg überhaupt möglich gemacht. Wir sollten das jetzt nicht kleinreden. Wir sollten stolz darauf sein, daß wir eine solche Möglichkeit haben.

Dann stellt sich die Frage, ob wir darüber hinaus noch andere einladen und ob wir, wenn wir jemanden einladen, jemanden einladen können, der nicht spricht. Ich brauche das nicht näher zu erläutern. Jeder spürt doch, wie schwierig so etwas ist.

Der richtige Weg

Man kann den Kalender zur Hand nehmen und festlegen, wann man anfängt. Wenn Sie von Polen reden, dann müssen Sie natürlich auch die Frage nach Tschechien

und der Slowakei stellen; allerdings liegen die entsprechenden Ereignisse zeitlich davor. Dann müßten Sie auch Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Luxemburg – ich könnte die Liste fortsetzen – nennen.

Sie haben sich doch über Jahrzehnte hinweg vor Ihrer moralischen Verantwortung für das Unrecht, das in deutschem Namen geschehen ist, gedrückt. Insofern brauchen wir von Ihnen wirklich keinen Appell.

Ich will noch einmal sagen: Wer ruhig darüber nachdenkt, wird unschwer erkennen, daß der gewählte Weg der richtige ist. Ich bedaure, daß von polnischer Seite – ich will ausdrücklich bestätigen: in einer gutwilligen Weise und mit voller Anteilnahme am Schicksal der Deutschen – der Vorschlag zu einem solchen Zeitpunkt kam, daß wir über die Gründe, die wir haben, noch gar nicht haben reden können.

Redner von Gewicht

Ich bin ganz sicher, daß im Parlament – nicht auf meinen Rat hin, Herr Abgeordneter Scharping; auch da ist das, was Sie gesagt haben, der Wahrheit zuwider –, in seinen Gremien und auch im Bundesrat überlegt wird, erstens die Chance zu haben, einen Redner von Gewicht aus Polen bei uns in diesen Tagen als Gast zu sehen. Zum zweiten finden wir leicht eine Möglichkeit, bei dem Besuch des polnischen Staatspräsidenten hier im Deutschen Bundestag seine Rede mit jener Erwartung zu hören, die viele an diese Diskussion geknüpft haben.

Ich sage noch einmal: Wir wollen Ausgleich mit unseren polnischen Nachbarn. In den Ländern, die ich soeben angesprochen habe und die man bei einer solchen Einladung mit nennen muß, hat mir der eine oder

andere bedeutet, daß er diese Einladung lieber nicht erhält, weil sie innenpolitisch Schwierigkeiten machen könnte. Das alles wissen auch Sie.

Lassen Sie uns bitte zur sachlichen Betrachtung zurückkehren. Man mag ja unterschiedlicher Meinung sein; das respektiere ich doch. Aber diese Verbalinjurien – hätte ich beinahe gesagt –, die Sie damit verbunden haben, sind der Sache nicht gemäß.

Ich komme zum letzten Punkt: Wissen Sie, Herr Abgeordneter Scharping, ich stelle mich gerne Ihrer Kritik an unserer Außenpolitik. Natürlich machen wir da auch Fehler, denn wir müssen ja fast täglich Entscheidungen treffen. Nur, die Vorstellung, daß die Regierung und ich isoliert seien, ist mir neu. Ich kenne nicht einen einzigen Amtskollegen in Europa – gleich welcher Partei –, der Ihren Wahlsieg am 16. Oktober gewünscht hat. Das wissen Sie doch wirklich selber.

Wenn Sie einmal unter echten Klausurbedingungen in der Sozialistischen Internationale mit Bezug auf die europäischen Länder nachfragen, werden Sie zu einem erstaunlichen Ergebnis kommen.

Sie können übrigens auch über die europäischen Grenzen hinausgehen: Sie finden auch in anderen Teilen der Welt wenig Anklang, und zwar deswegen, weil Sie sich völlig isoliert haben. Sie vertreten doch die Politik, daß die Deutschen dort, wo es darum geht, Vorteile zu haben, Teil der Volkergemeinschaft sind, sich aber dort, wo es darum geht, Verantwortung zu übernehmen oder gar Opfer zu bringen, drücken. Das ist doch Ihre Position.

Glücklich und stolz

Herr Abgeordneter Scharping, Sie müssen uns wirklich nicht loben; das kann niemand erwarten. Aber ich wäre dann

wenigstens ruhig bei der Frage, ob die Bundesregierung, der Bundesaußenminister, der Bundeskanzler und die Koalition, die diese Politik trägt, international nicht das notwendige Ansehen genießen.

Am Ende dieses Jahrhunderts, in fünf Jahren, nach zwei schrecklichen Weltkriegen, nach zwei schrecklichen Diktaturen – erst einer braunen und dann einer roten Diktatur in einem Teil Deutschlands –, nach dem Furchtbaren, was in deutschem Namen geschehen ist und auf immer mit dem Namen Auschwitz verbunden sein wird – viele Jahrestage im Jahr 1995 erinnern uns daran –, bin ich glücklich und stolz, daß die großen demokratischen Kräfte – das ist nicht nur eine Frage meiner Partei – nach 1945 und vor allem nach 1949 nach Gründung der Bundesrepublik, ein neues Bild von Deutschland geschaffen, genauer gesagt: erarbeitet haben.

Das ist uns nicht in den Schoß gefallen. Es waren Millionen Menschen daran beteiligt. Es waren die Gewerkschaften mit ihrer internationalen Arbeit genauso daran beteiligt wie auch viele deutsche Unternehmer und Unternehmungen, die weltweit arbeiten. Es war eine ganze Generation nachwachsender junger Leute – denken Sie nur an das Deutsch-Französische Jugendwerk – daran beteiligt. Denken Sie auch an die Sportverbände, denken Sie an die Arbeit der Kirchen. Ich könnte noch vieles hinzufügen.

Am 3. Oktober 1990

Wir haben die Wiedervereinigung trotz aller Bedenken und Befürchtungen, daß sich die Deutschen doch nicht geändert haben könnten, mit Zustimmung aller unserer Nachbarn erreicht. Zugegeben: Die Zustimmung war zum Teil etwas reserviert. Aber sie ist letztendlich gekommen.

Am 3. Oktober 1990 haben sich viele in Europa – jetzt spreche ich nicht nur von den Regierungen, sondern von den Menschen – daran erinnert.

Wenn ich daran denke – er hat dann zwar Probleme bekommen, weil Kurzsichtigkeit überall zu Hause ist –, daß der Ihnen nicht gänzlich unbekannt Wiener Bürgermeister an diesem Tag – nicht in Erinnerung an 1938, sondern in der Hoffnung auf die Zukunft – Schwarz-Rot-Gold auf dem Wiener Rathaus aufziehen ließ, in Erinnerung an Freundschaft und Partnerschaft zwischen Deutschen und Österreichern nach dem Zweiten Weltkrieg, wenn ich daran denke, was wir etwa auf den Champs-Élysées erlebt haben, als das deutsch-französische Korps an den Feierlichkeiten zum 14. Juli teilgenommen hat, finde ich: Damit können wir uns sehen lassen.

Sie müssen das, was Sie glauben sagen zu müssen, sagen. Ich bin ganz zufrieden mit der Erkenntnis, daß Sie außerhalb und innerhalb der deutschen Staatsgrenzen für Ihre Meinung nicht nur keine Mehrheit,

sondern nicht einmal eine minimale Zustimmung finden.

Wir werden unseren Weg weitergehen für eine Politik für Frieden und Freiheit, für eine Politik des Umdenkens in einer sich dramatisch verändernden Welt. Wolfgang Schäuble hat deutlich gemacht, Herr Solms hat deutlich gemacht, was angesagt ist: ein Umdenken, das eben nicht in der bequemen Form zu erreichen ist, indem wir überall Besitzstände erhalten. Vielmehr werden wir über Besitzstände reden müssen, um Prioritäten neu zu setzen und die Zukunft zu sichern.

Die Bundesregierung wird auf diesem Weg vorangehen. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung für den Haushalt. Ich sage Ihnen auch: Bei allen Diskussionen – das gehört zu einem aktiven politischen Leben in der Koalition – werden die Koalition von CDU/CSU und FDP und diese Bundesregierung ihr Ziel erreichen, so wie in den vergangenen zwölf Jahren auch. Das ist immerhin ein Wort. Sie besteht bald länger als die Weimarer Republik. Deshalb hat unsere Politik auch Zustimmung gefunden.

... deshalb muß er zeigen, was er bringt

Der Oppositionsführer kann ja nun nicht das Ziel haben, zu sagen: Lieber Helmut Kohl, Sie werden 65, ich wünsche Ihnen ein langes Leben, eine lange Amtszeit.

Dann ist er in seiner Partei ja ganz verloren, zumal sein Nachbar von den GRÜNEN schon unüberhörbar Zweifel daran hegt, daß er das Klassenziel überhaupt je erreicht.

Also muß er hier herkommen und – das gehört sich ja auch so – gewaltig losdonnern. Das haben wir heute erlebt. Es war schon angekündigt worden: In der Fraktion gibt es Geraune; deshalb muß er zeigen, was er bringt. Er hat es gebracht: in scharfen Angriffen, mit

wilden Worten. Es ist eine Republik entstanden, die mit der unsrigen gar nichts mehr zu tun hat. Das blanke Elend quoll aus diesem Saal. Deswegen streben viele unserer Landsleute jetzt mit großem Tempo – Ostern steht bevor – in den zweiten Urlaubsabschnitt dieses Jahres. Also, Herr Kollege Scharping, ich will Ihnen ganz einfach sagen: Ich habe viel Verständnis für das, was heute bei Ihnen abgelaufen ist. Ich erinnere mich immer an meine eigene Situation.

Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 30. März

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Die internationalen Finanzmärkte bestätigen ihr Vertrauen in die Stabilitätspolitik Deutschlands

Mit der zweiten und dritten Lesung des Bundeshaushalts stellen wir die Finanzpolitik des Jahres 1995 auf eine sichere und solide Grundlage. Gleichzeitig beeinflussen globale Themen unsere Finanzpolitik. Dabei beobachten wir eine Tatsache: Wenn das, was Herr Diller, was Herr Metzger oder gar das, was die Abgeordnete der PDS von sich gegeben hat, richtig wäre, dann müßte doch ein ungeheures Mißtrauen in die Währung Deutschlands herrschen.

Dann müßten Milliarden abfließen, dann müßten Sorgen da sein. Warum kommen denn die Milliarden nach Deutschland, warum ist die D-Mark denn im Moment die stabilste Währung der Welt, warum ist Deutschland die Fluchtbürg? Das hängt doch mit Finanzpolitik, mit Währungspolitik, mit Politik, Seriosität und Stabilität als Ganzem zusammen. Das geht doch nicht auf Sie von der Opposition zurück, sondern auf die andere Seite des Hohen Hauses. Darauf sind wir durchaus stolz.

Die Opposition und mancher Kommentator in den Medien stehen im Moment vor der schwierigen Aufgabe, ihre finanzpolitischen Kassandrarufer mit diesen Tatsachen zu vereinbaren. Die Fakten sprechen aber für sich.

Die Finanzpolitik der letzten Jahre ist trotz aller Herausforderungen ein Erfolg. Der richtige Finanzierungsmix für die Einheit wurde gefunden; die Rezession wurde überwunden. Wir haben von

Beginn an konsolidiert: Gut zwei Drittel der Nettolast der deutschen Einheit wurden durch Einsparungen und Umschichtungen im Bundeshaushalt bewältigt.

Angesichts der Größe der Aufgaben wurden Steuern als unvermeidbares Mittel vorsichtig und begrenzt erhöht.

Die laufenden Defizite stiegen durch die Einheit nur maßvoll an. Die Entwicklung der Defizite des Bundeshaushalts zeigt die Solidität der Finanzpolitik in Deutschland. Bis auf das Jahr 1993 – das Rezessionsjahr – lagen die tatsächlichen Defizite des

Aus der Rede von Bundesfinanzminister Theo Waigel in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 28. März

Bundeshaushalts immer unter den Erwartungen und Annahmen, im Jahr 1994 um fast 20 Milliarden DM. Die Haushaltsplanung stand stets auf der sicheren Seite. Eine sparsame Bewirtschaftung der Mittel hat dies erreicht.

Von Beginn an haben wir die Belastung der Kapitalmärkte im Auge behalten. Eine Studie der Westdeutschen Landesbank nennt die Zahlen: Die Kapitalmarktbeanspruchung durch die öffentliche Hand hat sich von etwa 200 Milliarden DM 1993 auf 110 Milliarden DM 1994 nahezu hal-

biert. Die Beanspruchung der privaten Ersparnisse durch den Staat ist von 75 Prozent im Jahre 1993 auf unter 45 Prozent im Jahre 1994 zurückgegangen. Das zahlt sich jetzt aus. Wir erfüllen die strengen Konvergenzkriterien von Maastricht. Der Internationale Währungsfonds erwartet für 1996 in Deutschland das niedrigste Defizit der G7-Länder. Beim Abbau der strukturellen Defizite liegen wir mit Japan ebenfalls vorne.

Die internationalen Finanzmärkte bestätigen ihr Vertrauen in die Stabilitätspolitik Deutschlands. In den Währungsturbulenzen ist die D-Mark ein ruhender Pol und ein sicherer Anker des Europäischen Währungssystems – fünf Jahre nach der Öffnung der Mauer und nach einer beispiellosen finanziellen Anstrengung für die neuen Bundesländer.

Die Daten zur Wirtschaftslage unterstreichen dieses positive Bild: Deutschland befindet sich im Aufschwung. 1994 ist das Bruttosozialprodukt real um 2,9 Prozent gewachsen. Im letzten Quartal 1994 lag das Bruttosozialprodukt um 3,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Auch für 1995 erwarten wir ein reales Wachstum von 3 Prozent. Für 1996 sieht uns der Internationale Währungsfonds mit einem Realwachstum von 3,5 Prozent sogar an der Spitze der G7-Länder. Ein für die Finanzplanung unterstelltes Nominalwachstum von 5,5 Prozent in den nächsten Jahren ist realistisch. Diese Planung steht auf einem soliden Fundament. Das hat auch die Steuerschätzung kürzlich noch einmal bestätigt. Meine Damen und Herren, Sie können diese Zahlen nicht bestreiten; sie stehen in einem diametralen Gegensatz zu dem, was Sie vorher geredet haben. Wie in allen bisherigen Konjunkturzyklen startete der Aufschwung mit einer starken Steigerung der Exportnachfrage. Inzwischen haben die Ausrüstungsinvestitionen,

der Bausektor, das verarbeitende Gewerbe und auch die Dienstleistungen kräftig zugelegt. Die Auftragslage ist gut.

Natürlich birgt ein langfristig niedriger Dollarkurs auch Risiken. Angesichts der sonst günstigen Daten gibt es aber keinen Grund, pessimistisch in die Zukunft zu sehen.

Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Zwar ist der Arbeitsmarkt ein Spätindikator, dennoch: Es geht wieder aufwärts. Im Februar haben wir bei den Arbeitslosen einen Rückgang von 216 000 gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Kurzarbeit spielt kaum noch eine Rolle. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Mit der durch Umschichtungen finanzierten Neuaufgabe des Programms für Langzeitarbeitslose in Höhe von 3 Milliarden DM gehen wir bleibende Probleme auf dem Arbeitsmarkt zielgerichtet an.

Die Preise sind stabil. Im Januar und Februar betrug die Preissteigerungsrate 2,3 Prozent. Das sind die niedrigsten Werte seit fast vier Jahren. Für 1995 und 1996 erwartet der Internationale Währungsfonds 2 Prozent.

Diese Erfolge zu festigen und weiter auszubauen, das ist die Aufgabe der nächsten Jahre. In den kommenden Wochen und Monaten müssen die Weichen für eine symmetrische Finanzpolitik gestellt werden. Das heißt, die Konsolidierungspolitik muß fortgesetzt werden, und gleichzeitig muß die im Zuge der Einheit zwangsläufig angestiegene Steuer- und Abgabenlast so rasch wie möglich deutlich gesenkt werden. Staatliche und private Handlungsspielräume müssen weiter gestärkt werden. So schaffen wir es, den Standort Deutschland in der Europäischen Union und auf den Weltmärkten in der Spitze zu halten. Erster wichtiger Schritt ist die Verabschiedung des Haushalts 1995. Ein zweiter Schritt folgt am Freitag mit der ersten Lesung des Jahressteuergesetzes

1996. Der Bundeshaushalt hat in diesem Jahr erhebliche Zusatzbelastungen zu verkraften. Dazu gehören der neue Finanzausgleich, die Übernahme der Kosten des Erblastentilgungsfonds und die Finanzierung der Nachfolgeeinrichtungen der Treuhand. Trotz dieser gewaltigen Belastung schließt der Haushalt 1995 nahtlos an das hervorragende Ergebnis des Haushalts 1994 an.

Nach den Beratungen im Haushaltsausschuß hat der Bundeshaushalt 1995 ein Ausgabenvolumen von 477,4 Milliarden DM und kommt mit einer Nettokreditaufnahme von 48,7 Milliarden DM aus. Noch im Sommer letzten Jahres rechneten wir mit einer um 20 Milliarden DM höheren Nettokreditaufnahme. Das ist ein gutes Ergebnis mit den richtigen nationalen und internationalen Signalwirkungen.

Die Ausgabensteigerung liegt nur um 1,3 Prozent über dem Ist-Ergebnis des Vorjahres. Gegenüber dem Soll des Jahres 1994 – darauf hat der Kollege Roth verwiesen – schrumpft der Haushalt sogar um 0,5 Prozent. Mit dieser Steigerungsrate von 1,3 Prozent, die deutlich unter der erwarteten nominalen Wachstumsrate des Bruttozialprodukts von gut 5 Prozent liegt, gehen wir einen wichtigen Konsolidierungsschritt, und das ist das Entscheidende. Wir müssen noch über viele Jahre hinweg mit dem Wachstum des nominalen Bruttozialprodukts liegen, um damit Staatsquote und Verschuldung und letztlich auch Zinsausgabenquote zurückführen zu können. Schließlich ist es konjunkturgerecht, die Defizite abzubauen und die automatischen Stabilisatoren nach dem Rezessionsjahr 1993 jetzt in Richtung auf eine Defizitreduzierung wirken zu lassen.

Nach der letzten Steuerschätzung zu Beginn dieses Monats wird der Bund die-

ses Jahr insgesamt 1,8 Milliarden DM mehr an Steuern einnehmen als im Herbst angenommen. Dabei wird ein leichter Rückgang der eigenen Steuereinnahmen von 0,4 Milliarden DM von der um 2,2 Milliarden DM niedrigeren EU-Abführung überkompensiert.

Die größte Veränderung auf der Ausgabe-seite besteht in der Absenkung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erlaubt eine Verminderung um 3,5 Milliarden DM auf nunmehr 8 Milliarden DM. Die Ansätze für Zinsen und zur Bedienung des Erblastentilgungsfonds konnten gesenkt werden. Die Gründe dafür liegen im günstigen Zinsniveau, vor allem aber in einer deutlich niedrigeren Verschuldung 1994 und in einer niedrigeren Schuldenübernahme im Erblastentilgungsfonds.

Addiert man die niedrigere Nettokreditaufnahme 1994 und 1995 und die günstigere Entwicklung im Erblastentilgungsfonds, werden wir Ende des Jahres insgesamt 60 Milliarden DM weniger Schulden auf dem Konto haben als ursprünglich gedacht.

Die Konsolidierungslinie muß 1996 gehalten werden. Der Ausgabenanstieg muß weiterhin deutlich unter dem Anstieg des nominalen Bruttozialprodukts bleiben.

1996 sind auf der Einnahmenseite bereits einige Faktoren im Finanzplan berücksichtigt. Dazu gehören die Überlassung von 8,8 Milliarden DM aus dem Mineralölsteueraufkommen an die Länder für die Übernahme des Schienenpersonennahverkehrs. Die wegfallenden Ausgaben für den Schienenpersonennahverkehr werden durch den übernommenen Schuldendienst für die Bahn mehr als ausgeglichen. Dazu kommt das Absinken der Verwaltungseinnahmen gegenüber 1995 um 13 Milliarden DM. Einmalige Einnahmen 1995 vor allem aus Privatisierungen wiederholen

sich nicht. Im Finanzplan berücksichtigt ist weiterhin der Anstieg der allein vom Bund zu tragenden EU-Finanzierung. 1996 – das ist unbestritten – wird ein Jahr der Steuerentlastung und ein Jahr der Strukturverbesserung. Für den Bürger werden Entlastungen in einer Größenordnung von 30 Milliarden DM wirksam. Das liegt an der Neuregelung des Existenzminimums und den weiteren Maßnahmen des Jahressteuergesetzes; dem neuen Familienlastenausgleich, dem Wegfall des Kohlepfennigs. Von diesen Entlastungen von insgesamt 30 Milliarden DM entfallen zwei Drittel allein auf den Bund. Daraus ergibt sich für den Bund ein bisher im Finanzplan nicht berücksichtigter Finanzierungsbedarf von etwa 20 Milliarden DM. Auf einen Teil dieser Belastungen sind wir bereits eingestellt. Aber ohne zusätzliche Sparanstrengungen wird es nicht gelingen, die Gesamtsumme im Haushalt unterzubringen.

Die Nettokreditaufnahme wird 1996 etwas höher ausfallen als 1994 und 1995. Das haben wir immer gesagt. Es ist jedoch eine andere Qualität. Würden wir nämlich die Steuerentlastungen nicht durchführen, dann hätten wir eine Nettokreditaufnahme von 40 Milliarden DM im Bundeshaushalt.

Ich halte es für vertretbar, 1996 eine Nettokreditaufnahme von 60 Milliarden DM hinzunehmen, wenn gleichzeitig Steuerentlastungen allein vom Bund in der Größenordnung von 20 Milliarden DM finanziert werden.

Bei der Bewertung der Nettokreditaufnahme darf eines nicht vergessen werden: Die bei den in der Anfangs- und Übergangsphase der deutschen Einheit entstandenen Sonderinstrumenten angelaufene Verschuldung wird schrittweise in den Bundeshaushalt integriert. Die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhand und der Fonds

Deutsche Einheit nehmen seit diesem Jahr keine neuen Kredite auf. Die Ausgaben für das Bundeseisenbahnvermögen, rund 8 Milliarden DM, werden ab 1996 voll aus dem Bundshaushalt getragen. Daraus resultieren erhebliche Entlastungseffekte für den Kapitalmarkt durch den Bund. Eine niedrigere Inanspruchnahme der Kapitalmärkte bedeutet zugleich günstigere Rahmenbedingungen für in- und ausländische private Investoren.

Eine Gesamtschau der Verschuldung verdeutlicht die Entlastung der Kapitalmärkte durch die günstige Defizitentwicklung und die Einbindung von Treuhand und Bahn in den Bundeshaushalt. Wenn man Treuhand und Bahn einbezieht, sind wir 1993 auf 117 Milliarden DM gekommen, 1994 auf 90 Milliarden DM, kommen wir 1995 auf 55 Milliarden DM und 1996 auf 60 Milliarden DM. Das ist ein beachtlicher Weg nach unten, wie ich meine.

Auch im öffentlichen Gesamthaushalt einschließlich der Sondervermögen zeigt sich eine entsprechende positive Defizitentwicklung. 1993 waren es 190 Milliarden DM, 1994 165 Milliarden DM, 1995 111 Milliarden DM und 1996 etwa 100 Milliarden DM.

Wenn innerhalb von drei Jahren die Defizitentwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts von 190 auf etwa 100 Milliarden DM zurückgeht, dann ist das eine eindrucksvolle finanzpolitische Leistung, und daher unser Ansehen im Ausland.

Wir erwarten durch die positive Konjunkturentwicklung 1996 ein Plus von 3 bis 4 Milliarden DM bei den Steuereinnahmen des Bundes. Durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt benötigt die Bundesanstalt für Arbeit 1996 keine Zuschüsse. Damit werden etwa 7 Milliarden DM frei, und der Erfolg der Konsolidierungspolitik, die rasche Überwindung der Rezessi-

on und die daraus resultierende niedrigere Verschuldung kommt uns jetzt zugute.

Die um 60 Milliarden DM niedrigere Verschuldung bis einschließlich 1995 bringt 1996 erhebliche Entlastungen bei den Zinsausgaben in Höhe von über 4 Milliarden DM. Diese Entlastungen ergeben in der Summe etwa 15 Milliarden DM. Damit bleibt die schwierige Aufgabe, etwa 5 Milliarden DM bei der Aufstellung für den Haushalt 1996 noch zu finanzieren.

Ich sage das deswegen, damit Sie auch sehen: Wir sind jetzt natürlich schon wieder mit den Aufgaben für morgen beschäftigt. Sie wollen ja ganz schnell von der Vergangenheit und von den guten Zahlen 1994 und 1995 ablenken, um mit neuen, nicht vorhandenen Löchern Angst bei der Bevölkerung zu schüren. Aber das wird Ihnen nicht gelingen.

Ausgenommen von Einsparungen und ausgenommen vom Ausgabenmoratorium, auf das der Kollege Roth verwies, sind Existenzminimum und Familienleistungsausgleich. Diese Ausnahme gilt aber nicht für die Kohleverstromung, bei der wir uns jetzt für eine Haushaltsfinanzierung entschieden haben.

Mit dieser Entscheidung, mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zu den Leistungen für den Bergbau im Artikelgesetz und dem Angebot zur Finanzierung der Kokskohlenbeihilfe mit einem Anteil von 60 Prozent für den Bund und 40 Prozent für die Länder unterstreichen wir den Willen des Bundes, auch bei den Energiekonsensgesprächen zu einem für alle tragbaren Kompromiß zu kommen.

Nur, was natürlich hier bei Ihnen auch notwendig ist, bedeutet, sich nicht nur für Kohle einzusetzen, sondern natürlich auch, für etwas geradezustehen, was für unsere nationale und internationale Ener-

giepolitik unabdingbar notwendig ist, nämlich auch Kernenergie in Deutschland und in Europa.

Im Jahre 1997 muß ein weiterer Konsolidierungsschritt erfolgen, um die Defizite müssen deutlich gesenkt werden. Für 1998 gilt dies ebenso. Allerdings wollen wir dann eine weitere Senkung der Steuer- und Abgabenlast ins Auge fassen.

Die vereinbarte jährliche Überprüfung des Solidaritätszuschlages kann zu einem positiven Ergebnis kommen, wenn die Weichen in der Haushalts- und Steuerpolitik für 1996 richtig gestellt werden, die Konjunktur den Erwartungen entsprechend verläuft und wenn die Länder die nicht länger für den Finanzausgleich benötigten Umsatzsteuerpunkte an den Bund zurückgeben.

Bereits ab 1995 werden nach neuesten Rechnungen bei den Ländern Mittel frei. Die Zusage, die die Länder im März 1993 in ihrem Gesetzentwurf zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs gegeben haben, gilt jetzt. Dort heißt es wörtlich:

Ändert sich in den Folgejahren die Steuerkraft der Ländergesamtheit auf Grund der tatsächlichen Entwicklung in den neuen Ländern, ist die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 106 Abs. 4 Grundgesetz anzupassen.

Wir brauchen, um Haushalts- und Steuerpolitik auf dem richtigen Gleis zu halten, einen Konsens im Bundestag und im Bundesrat. Wir sind zu einem offenen Gespräch bereit. Es darf nicht darum gehen, nur um die Macht im Staat zu pokern oder einseitig bestimmte Interessen zu vertreten. Wir dürfen nicht unbeweglich auf der Stelle treten. Es geht um einen Kompromiß, um die Formulierung gemeinsamer Interessen für das nächste Jahrzehnt.

Wolfgang Schäuble:

Man kann nicht vom Umbau reden und gleichzeitig jeden Besitzstand für unveränderbar erklären

Herr Kollege Scharping, Sie haben gegen Ende Ihrer Rede gesagt, es wird viel und gern geredet: von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. – Die letzte Stunde war ein Beispiel dafür!

Das eigentliche Problem dieser Ihrer Rede ist: Sie haben ein Zerrbild von der Wirklichkeit unseres Landes gemalt. Sie haben an einer Stelle Ihrer Rede gefragt: Was ist denn in den zwölf Jahren geschehen, die Helmut Kohl Kanzler ist? – In Ihrer Rede sind zwei kleine Ereignisse nicht vorgekommen: die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Einigung.

Sie haben zu den zentralen Problemen der deutschen Politik nicht einen einzigen konkreten Vorschlag gemacht. Sie haben lange und viel von ökologischer Verantwortung und von Energiekonsens geredet. Sie haben vergangene Woche eine Pressekonferenz gemacht, auf der Sie die Regierung mit Blick auf den Weltklimagipfel kritisiert haben. – Das ist die Aufgabe der Opposition. – Dann sind Sie gefragt worden, ob Sie denn nun für oder gegen eine Energiesteuer seien, und da haben Sie es gemacht wie hier im Bundestag: Sie haben die Antwort verweigert. Nicht einen einzigen konkreten Vorschlag haben Sie gemacht!

Ich will gar nicht in Ihren Wunden bohren. Man könnte stundenlang vorlesen, was in Ihrer eigenen Partei zur Zeit alles über den Zustand Ihrer Partei gesagt wird.

Aber es interessiert schon fast nicht mehr. Die Lage unseres Landes ist dadurch zu beschreiben und beschrieben, daß wir auf der einen Seite ungeheure Erfolge erzielt haben. Es geht der großen Mehrzahl der Menschen in diesem Lande gut. Es geht Deutschland in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht, in wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Hinsicht besser, als es uns in der überschaubaren Geschichte jemals gegangen ist.

Gleichzeitig haben wir eine Fülle von Aufgaben und Problemen. Der Bedarf an

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 30. März

Veränderungen ist groß in einer Welt, in der die globalen Abhängigkeiten und Zusammenhänge so eng geworden sind, in der Grenzen nicht mehr drängen, in der die ökologischen Probleme so dramatisch sind – wir empfinden es gerade in diesen Tagen angesichts der Klimakonferenz in Berlin –, in der aber gleichzeitig, weil es uns so gut geht, die Aufgabe, Veränderungen konkret durchzusetzen, auf ungeheuer viele Widerstände trifft. Solche Reden, Herr Kollege Scharping, wie Sie sie gehalten haben, tragen nun überhaupt nicht dazu bei, uns auch nur einen Millimeter weiter voranzubringen.

Sie wissen ganz genau, daß Ihre eigene Partei und Fraktion die eigentlichen Reformverhinderer und die eigentlichen Innovationsfeinde in unserem Lande sind. Es gibt ja genügend, die das in diesen Tagen auch sagen.

Deswegen kann man natürlich solche Reden halten, in denen man so tut, als wäre alles schlecht in diesem Lande, und dann aufzählt, welche Probleme alle noch zur Lösung anstehen. Es wird übrigens, solange Menschen Menschen sind, immer so sein, daß um so mehr Aufgaben zu lösen sein werden, je mehr Erfolge erzielt worden sind.

Wenn wir also von dem reden, was in der Zukunft zu geschehen hat, dürfen wir natürlich nicht vergessen, was erreicht worden ist.

Wer so ein Zerrbild von der wirtschaftlichen Lage in unserem Lande beschreibt, wie Herr Scharping es getan hat, den muß man daran erinnern, daß wir entgegen allen pessimistischen Vorhersagen in den neunziger Jahren trotz der besonderen Belastungen nach der Wiedervereinigung nach 40 Jahren Teilung und Sozialismus wieder in einer nachhaltigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung sind, weil man sonst den Bezug zur Realität verliert.

Wenn man über die Probleme redet, um die es geht, muß man zwischen- durch auch einmal sagen, was schon erreicht worden ist. Sonst haben ja die Menschen am Ende das Gefühl, wir lebten in einem reinen Jammer- tal. Am Schluß glauben diejenigen, die so reden, es selbst noch. Dann wird man unfähig, das Land voran- zubringen.

Zur Wirklichkeit und zur Wahrheit unseres Landes gehört eben auch, daß wir trotz der großen finanziellen Belastungen die Stabilität unserer Mark bewahrt haben, was vor zwei Jahren noch kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Wenn wir uns jetzt mit den Auswirkungen von Währungsturbulenzen zu beschäftigen haben: Natürlich hat jeder Erfolg auch seine Nachteile. Mir ist es lieb, daß die deutsche D-Mark für die ganze Welt ein Hort der Stabilität, ein Anker der Stabilität ist. Das ist eine Folge der Politik dieser Bundesregierung, von Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Theo Waigel. Das findet Ausdruck in diesem Haushalt.

Wissen Sie, Herr Scharping, Sie werden einen Widerspruch finden, wenn Sie Ihr Manuskript noch einmal nachlesen. Sie haben im ersten Satz und am Schluß Ihrer Rede wieder gesagt, der Bundeskanzler stehe für Kontinuität. Dazwischen haben Sie den Eindruck erweckt, als ginge es in der Regierung, in der Koalition ständig hin und her. Das eine oder das andere kann nur richtig sein. Beides zusammen widerspricht sich gegenseitig.

Wenn der große Teil der Menschen in anderen Ländern nicht Vertrauen in die Solidarität der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik hätte, wäre die D-Mark nicht so stark. Insofern ist das alles ein Ausdruck von Vertrauen.

Wir brauchen dieses Vertrauen auch, im Inneren wie nach außen, weil wir mit den Aufgaben, die uns weiter gestellt sind, anders nicht fertigwerden. Wir müssen mehr Veränderungen durchsetzen.

Nur, was nützen mir Ihre Reden, wenn Ihr Bundesgeschäftsführer, Herr Verheugen – er ist sogar auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Herr Scharping –, in diesen Tagen doch gesagt hat, die SPD werde niemals den Besitzstand von irgendeinem einzelnen zur Disposition stellen? Meine Damen und Herren, wenn wir jeden Besitzstand nicht zur Disposition stellen, wenn jeder für unveränderbar erklärt wird, dann sollten wir uns die Reden vom Umbau schenken. Beides zusammen geht nicht.

Wir werden durch schrittweise Einsparungen den Konsolidierungskurs fortsetzen müssen. Aber, meine Damen und Herren, wir sind doch auf diesem Weg ungeheuer erfolgreich: Wir haben die öffentliche Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten zwei Jahren von etwa 200 Milliarden DM im Jahr 1993 auf rund 100 Milliarden DM im Jahre 1995 halbiert.

Nach den ungeheuren Aufgaben nach der deutschen Einheit ist das doch eine große finanzpolitische Leistung, die natürlich dazu führt – der Kollege Adolf Roth hat das vorgestern schon gesagt –, daß unsere finanzpolitischen Spielräume ungeheuer eng sind. Auch wir würden gern für viele wichtige Aufgaben mehr Geld ausgeben. Aber man kann nicht auf der einen Seite durch Konsolidierung die Rahmenbedingungen verbessern und auf der anderen Seite mit lockerer Hand das Geld ausgeben. Das kann man nur in solchen Reden, wie Sie sie halten.

Deswegen müssen wir die zum Teil gegensätzlichen Ziele der Politik weiter in einer vernünftigen Weise vernetzen. Da ist die Priorität Numero eins in der Finanz- und Haushaltspolitik, daß wir den Pfad der Konsolidierung zur Bewahrung der Stabilität unserer Mark, zur Begrenzung von Neu- und Bruttoverschuldung und zur Sicherung der Handlungsfähigkeit unseres Staates auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Deshalb sind die finanzpolitischen Spielräume nicht größer, als sie sich jetzt darstellen. Deswegen nützt es mir überhaupt nicht, wenn Sie überall kritisieren, daß die Ausgaben zu gering sind, Sie aber nicht einen einzigen seriösen Sparvorschlag machen.

Wer hat denn den Solidaritätspakt aufgekündigt? Das war doch nicht die Bundes-

regierung. Das waren doch weder Helmut Kohl noch Klaus Kinkel, noch Theo Waigel, noch CDU/CSU und FDP. Es ist doch die SPD gewesen, die den Solidaritätszuschlag in einer hemmungslosen Verleumdungskampagne acht Tage, nachdem er in Kraft getreten war, im hessischen Wahlkampf in Frage gestellt hat.

So kommen wir doch nicht voran. Es macht doch keinen Sinn, vor zwei Jahren zu kritisieren, daß der Solidaritätszuschlag nicht schon 1993 eingeführt worden ist, ihn dann gemeinsam zu vereinbaren, ihn übrigens höherzutreiben – das haben Sie vorhin noch einmal sanft angedeutet –, als wir es vorgesehen haben, und dann acht Tage nachdem er in Kraft getreten ist, dagegen eine Neidkampagne und eine Diffamierungskampagne öffentlich loszutreten. So kann man seriöse Politik nicht machen.

So dient man auch nicht der Aufgabe, die deutsche Einheit zu vollenden. Wir müssen daran festhalten, daß dieser Weg fortgesetzt wird. Natürlich sind wir hinsichtlich der Steuer- und Abgabenbelastung in dieser historisch einmaligen Situation an einer Größenordnung angelangt, die es dringend erforderlich macht, die zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung schrittweise wieder zurückzuführen.

Da ist das zweite Ziel neben der Konsolidierung. Deswegen haben wir gesagt: In den Jahren 1994 und 1995 muß die öffentliche Neuverschuldung zurückgeführt werden, und im Jahr 1996 nutzen wir den Spielraum, den wir durch diese solide Finanzpolitik gewonnen haben und gewinnen, zur Rückführung der Steuerbelastung mit einer Steuer- und Abgaben senkung in einer Größenordnung von bis zu 30 Milliarden DM.

Dieses doppelte Ziel, Konsolidierung und Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung, muß auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Deswegen sind aber

die Spielräume bei den Ausgabensteigerungen auf der anderen Seite auch in den kommenden Jahren begrenzt. Wer anders redet, betrügt die Menschen, oder er muß die Rechnung präsentieren.

Das heißt, daß auch in Besitzstände maßvoll, behutsam eingegriffen werden können muß. Ohne Veränderung werden wir mit diesen Aufgaben nicht zu Rande kommen. Ich denke hier etwa an den Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes.

Wir haben einen drastischen Rückgang der Kurzarbeit, was im übrigen Grund zu der Annahme und zu der Hoffnung bietet, daß weiteres wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung führen wird, weil das aus der Kurzarbeit resultierende Potential schon weitgehend ausgeschöpft ist.

Das heißt, wir haben die Chance, mit einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums auch bessere Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Deswegen können wir den Zuschuß im Bundeshaushalt zurückfahren. Sie aber haben den Eindruck erweckt, als wären Leistungen gekürzt worden. Darüber müssen wir erst noch reden; außerdem sind solche Gesetze ohnehin weitgehend zustimmungspflichtig.

Es sollte auch niemand den Eindruck erwecken, als könnten wir die Beschäftigungsprobleme auf einfache Weise lösen. Das geht auch mit wirtschaftlichem Wachstum allein nicht. Wir müssen zu mehr Deregulierung kommen, und das bedeutet natürlich, daß die Tarifpartner mitmachen müssen. Die Abschaffung des § 116 AFG ist aber genau der falsche Weg. Wenn die Tarifpartner ihre Auseinandersetzungen zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit führen können, dann wird die Chance, daß wir bei den Tarifpartnern zu mehr Beweglichkeit und Flexibilität kommen, noch kleiner werden.

Wenn Sie die Maschinenlaufzeiten so kurz halten, dann sind die Renditen für Investitionen so gering, daß sich diejenigen, die über den Standort von Investitionen befinden, dafür entscheiden, lieber im Ausland zu investieren. Dann sind die ganzen Arbeitsplätze weg. Darum geht es. Wenn wir die Rahmenbedingungen für Investitionen weiter verschlechtern, dann exportieren wir am Schluß nur noch Arbeitsplätze; aber damit lösen wir die Beschäftigungsprobleme nicht. Deswegen müssen wir dafür sorgen, daß es weiterhin attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt, in Deutschland zu investieren. Ohne Investitionen keine Arbeitsplätze.

Wir bleiben auch in einer Zeit hohen Wohlstands, hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, härtester internationaler Konkurrenz dem Ziel verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Menschen in Deutschland die Hoffnung nicht aufgeben, daß wir das Ziel, Arbeit für alle zu schaffen, wieder erreichen.

Das wird aber nicht mit einer Tabuisierung von Besitzständen gehen, sondern nur dadurch, daß wir uns zu ganz neuen Schritten und Entscheidungen durchringen: mehr Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, flexiblere Arbeitszeiten und Maschinenlaufzeiten, auch irgendwann flexiblere Ladenöffnungszeiten, die vermehrte Nutzung privater Haushalte als reguläre Arbeitgeber, mehr Arbeitsplätze im Pflegebereich, überhaupt eine stärkere Förderung des Leistungsaustauschs.

Die Nivellierung, die Sie zum Kernthema Ihrer Steuer- und Finanzpolitik machen, wird am Ende nicht den Leistungsaustausch fördern, sondern sie wird dazu führen, daß immer mehr Arbeit in die Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit oder in das Ausland abgedrängt werden wird. So verlieren wir das Ziel „Arbeit für alle“ aus den Augen.

Es ist gut, daß er Bundeskanzler ist

Helmut Kohl – einen Provinzfürsten nannten sie ihn, als er Ministerpräsident in Mainz war, einen Provinzpolitiker, als er nach Bonn kam. Doch wo sind sie geblieben, die großen Globalpolitiker von damals mit ihrer eingebauten Überheblichkeit? (Hochmut kommt vor dem Fall. Das ist das Kontrastprogramm zur Politik Helmut Kohls.)

Der „Pfälzer“ hat die deutsche Einheit geschafft und der „Provinzpolitiker“ Europa auf den Weg gebracht. Der Pulverdampf des Tageskampfes wird längst im Winde verweht sein, dann wird der Name Helmut Kohl noch immer in den Geschichtsbüchern stehen.

Was ist das Geheimnis des Politikers Helmut Kohl? Das läßt sich von draußen nicht gut erkunden, und wahrscheinlich weiß er es selbst nicht, zumal er nicht zu den Typen gehört, die ihr Innenleben ständig besichtigen, um es dann für die allgemeine Ausstellung freizugeben.

Ich vermute, daß zur Stärke Helmut Kohls gehört, Politik am Menschen zu orientieren. Schicksale, Sehnsüchte und Ängste sind der Beweggrund seiner Politik. Sich in die Lage anderer versetzen zu können, ist vielleicht die beste Voraussetzung, Politik für andere zu machen.

Ideologen hingegen entwerfen das Glück der Menschheit an den Reißbrettern ihrer Voreingenommenheit. Das Zeitalter der Ideologen geht zu Ende. Über 100 Jahre haben sie die Menschheit fasziniert und gequält, am Schluß freilich befinden wir uns in einer Trümmerlandschaft von nicht eingelösten Versprechungen und unerfüllten Erwartungen.

Karl Marx, der nur noch ein Thema für Dissertationen ist, er bewegt nicht mehr die Phantasie der Menschen. Sein politisches Todesjahr war das Jahr 1990, als

eine ganze Staatenwelt nach dem Versuch zusammenbrach, in seinem Namen die Welt zu ordnen.

Helmut Kohl versteht die Soziale Marktwirtschaft nicht als Ideologie. Sie ist eine gemischte Ordnung, die so unterschiedlichen Ansprüchen Rechnung zu tragen versucht, wie das Leben sie entwickelt, und die nie mit dem Anspruch aufgetreten ist, alle Fragen des Lebens zu lösen. Sie ist eine vorläufige Ordnung und für Entwicklung offen.

Immanuel Kant, kein Materialist, wußte, daß der Mensch aus krummem Holz

**Norbert Blüm zum 65.
Geburtstag von Helmut Kohl
in der „Kölnischen Rundschau“
vom 3. April**

geschnitzt ist, unfähig, den Idealen gerecht zu werden. Und Helmut Kohl weiß, daß man auf krummen Linien gerade schreiben muß. Helmut Kohl weiß, daß Menschen keine Theoriepartikel sind, daß der Mensch wichtiger ist als jede Sache.

Als Aussitzer haben sie ihn verspottet, die schnellen Macher und gescheiterten Besserwisser. Er hat seine Spötter alle überlebt, und vielleicht ist die Fähigkeit zum Aussitzen eine Quelle der Tapferkeit. Die Tapferkeit ist eine Widerstandskraft, sich dem Tagespopulärismus zu entziehen. „Morgen ist auch noch ein Tag“, und besser lange warten und richtig handeln als schnell entschlossen falsche Schlüsse ziehen. Manches muß reifen, wenn es reif ist, muß reichlich geerntet werden. Aussitzen widersteht auch jenem Tanz der Eitelkeiten, der die Qualität der Politik an den täglich wechselnden Einfällen festmacht. Wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, deren vagabundierende Kreativität in

Peter Hintze: Herzliche Glückwünsche

Die CDU Deutschlands gratuliert ihrem Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, von Herzen zu seinem 65. Geburtstag.

Unsere Glückwünsche gelten einem Mann, der seit den Anfängen seiner politischen Laufbahn Politiker mit Leidenschaft, Augenmaß und visionärer Kraft ist. Was Helmut Kohl besonders auszeichnet, sind Standfestigkeit, Weitblick, Führungskraft und eine große Liebe zu den Menschen.

Mit dem Namen Helmut Kohl verbinden sich deutsche Einheit und europäische

Einigung, wirtschaftliche Erneuerung und soziale Sicherheit. Durch seine Amtsführung hat unser Land breites internationales Ansehen erlangt. Er hat die CDU zu dem gemacht, was sie ist: die grundsatztreue, reformstarke und zukunftsorientierte Volkspartei der Mitte.

Vor uns liegen große Aufgaben. Mit Helmut Kohl werden wir sie erfolgreich meistern. Die CDU ist stolz auf ihren Vorsitzenden und unseren Bundeskanzler, dem sie Dank sagt und Glück wünscht.

Gefahr ist, nicht mehr die Realität zu erkennen und morgen schon zu vergessen, was sie heute vorgeschlagen hat. Aussetzen ist der Bruder der Ausdauer, und die Ausdauer ist ein Waisenkind.

Unter hohem Risiko für den schnellen Weg zum Ziel

Andererseits: Als die Mauer fiel, wollten nicht wenige die deutsche Einheit aussitzen und abwarten. Zögern und Zaudern waren nicht nur auf Seiten der SPD zu finden, auch auf unserer Seite, der CDU, gab es nicht wenige, die einen langen Weg zur Einheit über Kooperation und Konföderation empfahlen.

Helmut Kohl war unter hohem Risiko für den schnellen Weg zum Ziel. Die Entwicklung hat ihm Recht gegeben. 4-plus-2-Abmachungen mit den Alliierten wären schon wenige Monate später nicht mehr möglich gewesen, und ohne Einbindung in die europäische Integration wäre die deutsche Einheit wieder einmal auf das Mißtrauen unserer Nachbarn gestoßen. Es ist eine historische Uraufführung, die nationale Einheit mit unseren Nachbarn

zu vollziehen und nicht gegen sie, wie es Bismarck versucht und durchgesetzt hat. Helmut Kohl ist von schwerer Gestalt. Das trifft nicht nur auf seine Physiognomie zu, sondern auch auf seine psychische Beschaffenheit. Er ist standfest, auch angesichts von Konfrontation. Er hat Honecker nicht auf dem Schoß gesessen, sondern ihm ins Angesicht widersprochen, als er Westdeutschland besuchte.

Mann von nebenan und nicht von oben herab

Für Erbauungsliteratur und Legenden bietet die Biographie Helmut Kohls keinen Stoff. Er ist eher Nachbar, der Mann von nebenan und nicht von oben herab. Er hat nie vergessen, wo er herkam. Er kommt aus der Pfalz und trägt seine Heimat wie die Schnecke ihr Haus. Das gibt ihm Fluchtmöglichkeiten. Er gehört nicht zu den außengeleiteten, sondern mehr zu den innengesteuerten politischen Typen.

Helmut Kohl – es ist gut, daß er Bundeskanzler ist.

Fraktion gratuliert Helmut Kohl

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, dem Bundeskanzler zu seinem 65. Geburtstag gratuliert:

Für gewöhnlich ist ein 65. Geburtstag Anlaß, das Lebenswerk des Jubilars zu würdigen und ihm einen geruhsamen Lebensabend zu wünschen. Zu würdigen gibt es genug: die Verwandlung der CDU in eine moderne Volkspartei, der Aufbruch 1982, der ein Abgleiten der Bundesrepublik in einen verkrusteten Wohlfahrtsstaat verhindert hat, die Weichenstellungen für die Europäische Union durch den Vertrag von Maastricht und schließlich die Einigung des geteilten Deutschlands. All dies verbindet sich untrennbar mit ihrem Namen.

Ihr 65. Geburtstag gibt uns aber Anlaß, mehr noch als in die Vergangenheit in die Zukunft zu schauen. Denn ein geruhsamer

Lebensabend steht nicht auf der Tagesordnung. Und das ist gut so. Die Vollendung der inneren Einheit unseres Landes und die Festigung der Europäischen Union sind Aufgaben, die Sie sich vorgenommen haben als Bundeskanzler voranzubringen. Ihr Gestaltungswille und -vermögen, Ihre Erfahrung und Ihre Fähigkeit zum Ausgleich sind die besten Voraussetzungen dafür, daß Deutschland und Europa weiterhin auf gutem Wege bleiben. Auf unsere tatkräftige Hilfe können Sie bauen.

Wir möchten diesen Tag auch zum Anlaß nehmen, um Ihnen Dank zu sagen für langjährige Freundschaft und Ihre Gabe, auch bei harten Auseinandersetzungen um die Sache das menschliche Miteinander in der CDU, unter den Unionsparteien und in der gemeinsamen Fraktion zu pflegen. Wir alle und unser gemeinsames politisches Anliegen haben davon sehr profitiert.

Wir wünschen Ihnen für die Zukunft von Herzen alles Gute, eine weiter so glückliche Hand, daß Sie gesund bleiben, und vor allem Gottes Segen.

Ein Meilenstein in der Sozialpolitik

Zum Inkrafttreten der Pflegeleistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Ab 1. April gibt es von der Gesetzlichen Pflegeversicherung Geld für die häusliche Pflege. Dies ist ein Meilenstein in der Sozialpolitik und ein Riesenerfolg für die Familienpolitik der CDU-geführten Bundesregierung. 20 Jahre lang haben die uneigennützigsten Samariter des Sozialstaates – die pflegenden Angehörigen und Freunde – auf diese Anerkennung ihrer Arbeit gewartet. Über eine

Million Menschen erhalten nun Geld aus der Pflegeversicherung. Den entscheidenden greifbaren Erfolg bringt die Pflegeversicherung den Familien. Es wird für sie leichter, ihre Angehörigen zu Hause zu pflegen. Die familiären Bande zwischen Alt und Jung werden gestärkt. Die Pflegeversicherung ist die fünfte Säule unseres sozialen Sicherungssystems, das in den zurückliegenden 50 Jahren von der CDU entscheidend weiterentwickelt und verbessert worden ist. Es ist das bleibende Verdienst von Norbert Blüm, die Pflegeversicherung entwickelt und durchgesetzt zu haben.

Offensive für das Ehrenamt

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, und Wolfgang Börnsen zur Einsetzung der Kommission zur gesellschaftlichen Aufwertung des Ehrenamtes:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Kommission eingesetzt, die in Kürze Empfehlungen für eine gesellschaftliche Aufwertung des Ehrenamtes in Sport, Kultur und Sozialem erarbeiten soll. Die Bedeutung des Ehrenamtes ist für unsere Staats- und Lebensform zu wichtig, als daß gesellschaftliche Wertorientierungen auf den Kopf gestellt werden dürfen, indem persönlicher Vorteil und materieller Nutzen höher gestellt werden als gesamtgesellschaftliches Engagement.

Die Kommission ist sich im klaren, daß durch ein Bündel von Maßnahmen ein gesamtgesellschaftlicher Umdenkungsprozeß eingeleitet werden muß. Jetzt

bereits bestehende Regelungen werden leider von der freien Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst nicht in dem wünschenswerten Maße umgesetzt. Die Ausübung des Ehrenamtes ist eher mit Nachteilen als mit Vorteilen, geschweige denn Anerkennung, verbunden.

Zielsetzung muß ein Umdenken in der Gesellschaft sein. Das Ehrenamt ist für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung. Ohne die ehrenamtliche Mitarbeit von 7-8 Millionen Helferinnen und Helfern in Vereinen, Verbänden und Organisationen geht nichts mehr. Die Ehrenamtlichen müssen verspüren, daß Politik und Wirtschaft ihre Tätigkeit anerkennen und würdigen, nicht durch Worte, sondern durch Taten!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird eine Reihe von Expertenanhörungen durchführen, von denen eine Signalwirkung für das Ehrenamt ausgehen wird.

Ute Karger neue JU-Vorsitzende in Thüringen

An der Spitze der CDU-Nachwuchsorganisation in Thüringen steht seit dem 25. März Ute Karger. Mit 35 von 62 Stimmen wurde die 28jährige Leimbacherin von den Thüringer Delegierten im Eurohotel in Bad Salzungen gewählt.

Die Mitarbeiterin im Sozialministerium ist Nachfolgerin des neuen Bundesgeschäftsführers der JU, Michael Panse, der nicht mehr zur Wahl stand.

Ute Karger strebt für die JU Thüringen Profil bei jugendspezifischen Themen an. Sie will Akzente setzen in der Ökologiedebatte, aber sich auch an der Auseinandersetzung mit dem Problem PDS

beteiligen. Wichtig ist für sie auch der Dialog mit den anderen CDU-Vereinigungen.

Die Thüringerin ist die erste weibliche Landesvorsitzende der JU in den jungen Bundesländern und zur Zeit die einzige in der ganzen Bundesrepublik.

Als Gast der Landestagung konnte die Junge Union Ministerpräsident Bernhard Vogel begrüßen. In einer über zweistündigen Debatte kamen die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsförderung und Strukturpolitik zur Sprache. Hier sieht der politische Jugendverband in Thüringen auch in Zukunft seine Betätigungsfelder.

NRW-SPD: Rückzug auf Raten

Seit Wochen widersetzen sich einige SPD-regierte Länder der von Bundesinnenminister Manfred Kanther angeordneten Aufhebung des Abschiebestoppes für straffällig gewordene Kurden zum 15. März 1995. Auch der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Herbert Schnoor, der sich gern als Wortführer der sozialdemokratischen Innenminister sieht, hat noch vor wenigen Tagen an seinem Blockadekurs festgehalten.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik haben dafür kein Verständnis: 74 Prozent sind gegen den Kurs Schnoors und der meisten SPD-regierten Länder (ZDF-Politbarometer, 24. März 1995, Befragung im Westen Deutschlands).

Die SPD-Genossen an der Basis denken da nicht anders. Wenige Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bekommt die SPD den Unmut ihrer eigenen Mitglieder zu spüren. Auch bei Innenminister Schnoor muß schließlich angekommen sein, „daß derzeit (...) das Kurden-Thema wie kaum ein anderes die Gemüter der Bürger erhitzt“ (Rheinische Post, 4. 4. 1995).

Plötzlicher Sinneswandel

Der SPD-Minister bläst zum Rückzug auf Raten: Jetzt will er den Abschiebestopp „noch vor Ostern“ aufheben, wann genau sagt er nicht. Seine Begründung für den plötzlichen Sinneswandel: – „damit dieses Thema nicht in den Landtagswahlkampf gerate“ (Rheinische Post, 4. 4. 1995).

In einer Pressekonferenz am 3. April stellte der Spitzenkandidat der nordrhein-

westfälischen CDU, Dr. Helmut Linssen, dazu fest:

„Die Sozialdemokraten – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – müssen sich die Frage gefallen lassen, wie sie es nun mit der Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien halten. Im konkreten Fall heißt dies: Entweder es gibt einen Grund, den generellen Abschiebestopp aufrechtzuerhalten – dann müssen Bund und Länder – wie nach dem Urteil in Ankara praktiziert – gemeinsam und übereinstimmend handeln. Gibt es aber für einen solchen Abschiebestopp keinen Grund, dann ist es unredlich, seine Aufhebung mit dem aktuellen Wahlkampf zu begründen.“

Der Rückzug der SPD – ein wahltaktisches Manöver.

Skandal und Affären

Vier Wochen vor der Landtagswahl in NRW kommt die SPD in Bedrängnis: Neben Innenminister Schnoor ziehen auch Justizminister Krumsiek und Umweltminister Matthiesen immer mehr öffentliche Kritik auf sich. Krumsiek hat laut SPD-Untersuchungsausschuß-Vorsitzenden Dieter Haak „teilweise objektiv falsch“ zum „Balsam-Skandal“ ausgesagt (Rheinische Post, 4. 4. 1995).

Und Matthiesen muß sich in der letzten Plenarsitzung vor der Landtagswahl noch für seine Amtsführung verantworten, die „auch in der eigenen Fraktion nicht unumstritten ist“ (ebenda). Gleich zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse ermitteln gegen den „Affären-Minister“ der SPD (Focus, 3. 4. 1995).

Wirksam helfen – gerecht gestalten

Seit Bestehen des Bundessozialhilfegesetzes ist unzähligen Menschen in Notlagen geholfen worden. Das wird auch so bleiben. Die Reform des Sozialhilferechts dient dem Ziel, auch weiterhin allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Deshalb wird es strukturelle Weiterentwicklungen mit Augenmaß geben, nicht aber lineare Kürzungen, auch nicht bei Familien mit Kindern.

Niemand, der Leistungen der Sozialhilfe bekommt, muß sich dafür schämen. Sozialhilfe ist weder ein Almosen noch eine Sozialleistung 2. oder 3. Klasse. Sie ist ein soziales Recht in unserem hochentwickelten sozialen Netz, auf das Menschen in Notlagen Anspruch haben.

Die Sozialhilfe ist neben Versicherung und Versorgung die dritte Säule unseres sozialen Sicherungssystems. Ihre Aufgabe ist und bleibt es, dort Lücken zu schließen, wo Selbsthilfe nicht möglich ist und andere Sicherungssysteme nicht greifen.

Reformziele

Die Koalitionsvereinbarung vom 11. November 1994 hat klar herausgestellt, daß an einer Reform des Sozialhilferechts kein Weg vorbeiführt. Eine Reform ist zum einen notwendig, weil die Sozialhilfeausgaben immer stärker gestiegen sind: in den alten Bundesländern von 17,5 Mrd. DM im Jahr 1983 auf 43 Mrd. DM im Jahr 1993.

Zum anderen haben sich die Aufgaben gewandelt. Heute stehen wir vor anderen Herausforderungen als in den 60er Jahren, als das Bundessozialhilfegesetz konzipiert wurde. Stichworte sind z. B. Obdachlosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Sol-

che neuen Herausforderungen können nur mit neuen, differenzierten Instrumenten bewältigt werden.

Mit der Reform des Sozialhilferechts wird dieses wichtige soziale „Auffangnetz“ nicht ausgehöhlt, sondern im Gegenteil stabilisiert. Gefestigte Finanzgrundlagen und eine gerechte Ausgestaltung sind Garant für die Zukunftssicherung der Sozialhilfe. Die Menschen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, daß ihnen in Notlagen wirksam geholfen wird. Gleichzeitig müssen wir die Kommunen vor Überforderung schützen. Das sichert die Leistungsfähigkeit und Akzeptanz der Sozialhilfe.

1993 war jeder dritte Sozialhilfeempfänger Ausländer – rund die Hälfte davon Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlin-

Horst Seehofer stellt

Eckpunkte für eine

Reform der Sozialhilfe vor

ge. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich halte es für richtig, daß Deutschland Verfolgten Asyl und vom Bürgerkrieg Bedrohten vorübergehend Schutz gewährt. Man kann aber nicht auf der einen Seite Menschen aufnehmen wollen und gleichzeitig den damit verbundenen Anstieg der Sozialhilfeempfänger kritisieren und von neuer Armut sprechen. Hier muß ehrlich und sachlich argumentiert werden.

In vielen Fällen können Notlagen, die zur Abhängigkeit von Sozialhilfe führen, außerhalb der Sozialhilfe vermieden bzw. verringert werden. Die Bundesregierung hat u. a. mit der Einführung der Pflegeversicherung, mit der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums, mit den

vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung des Familienleistungsausgleiches sowie mit ihrem Programm zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser auf dem Arbeitsmarkt hierfür wichtige Weichen gestellt.

Aber auch innerhalb des Sozialhilfesystems gibt es Reformbedarf:

- Wir brauchen verbesserte Instrumente, um Sozialhilfe-Abhängigkeit zu vermeiden. Am wichtigsten ist hierzu die Wiedereingliederung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt.

- Wir müssen die Ausgaben in Schach halten, damit das System nicht kollabiert. Deshalb soll die Ausgabensteigerung begrenzt werden durch eine Nettolohnanbindung der Regelsätze und eine Anbindung der Ausgaben in Einrichtungen an die Lohnentwicklung. Zudem muß eine Formel für eine bedarfsorientierte Regelsatzanpassung entwickelt und das Lohnangebot konkretisiert werden.

- Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Sozialhilfe zielgenauer den wirklich Bedürftigen zugute kommt. Deshalb sollen spezielle Instrumente z. B. zur Überwindung und Vermeidung von Obdachlosigkeit geschaffen werden.

Schon jetzt sind diese Elemente im Bundessozialhilfegesetz angelegt. Jetzt kommt es darauf an, die vorhandenen Instrumente so weiterzuentwickeln, daß sie neuen Aufgaben gerecht werden können.

Gesetzentwurf bis zur Sommerpause

Die Eckpunkte für eine Reform der Sozialhilfe sind die Grundlage für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes. Es gibt keine inhaltlichen Detailbeschlüsse. Die Konkretisierung der Eckpunkte wird gemeinsam mit allen Beteiligten erfolgen. An der Erarbeitung des Gesetzentwurfes

werden die Bundesressorts, die Länder und Verbände beteiligt. Ich appelliere an alle, diese notwendige Reform sachlich, offen und differenziert mitzugestalten. So kann es gelingen, den Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause zu beschließen und in die parlamentarische Beratung einzubringen. Zum Asylbewerberleistungsgesetz besteht innerhalb der Koalition noch Gesprächsbedarf.

Arbeit und Sozialhilfe

- **Förderung der Arbeitsaufnahme für schwer vermittelbare Sozialhilfeempfänger**
- **Kürzung der Sozialhilfe bei Ablehnung zumutbarer Arbeit**

1. Die Arbeitsaufnahme von schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängern soll künftig durch befristete Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber, durch Leiharbeit, berufliche Qualifizierung und die Teilnahme an Arbeitsförderungsmaßnahmen unterstützt werden. Die Maßnahmen kann der Sozialhilfeträger selbst organisieren oder damit das Arbeitsamt beauftragen.

Hauptziel der Vorschläge ist die Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängern in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Bei etwa einem Drittel der Sozialhilfebezieher-Haushalte ist Arbeitslosigkeit die Hauptursache des Hilfebezugs. Es gibt nach neueren Erkenntnissen etwa 400.000 bis 500.000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ist dort vergleichsweise erfolgreich, wo Sozialhilfe- und Arbeitsverwaltung auf freiwilliger Basis zusam-

menarbeiten. Diese Zusammenarbeit muß verstärkt und verbreitert werden. Viele Kommunen gehen in vorbildlicher Weise im Zusammenwirken mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bei der Vermittlungen von Sozialhilfeempfängern bereits neue Wege. Doch müssen die Sozialämter noch mehr als bisher - ohne die vorrangige Zuständigkeit der Arbeitsämter in Frage zu stellen - Arbeitsmöglichkeiten anbieten. Die freiwilligen Hilfsinstrumente sollen eine gesetzliche Basis erhalten.

Die Anreize für Arbeitgeber, Sozialhilfeempfänger in regulären Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen oder sie über Zeitarbeitsverträge ohne arbeitsrechtliches Risiko auszuleihen, sollen verstärkt werden. Auf diese Weise erhält der Sozialhilfeempfänger eine bessere Chance, sich wieder im Arbeitsleben zurechtzufinden. Beim Arbeitgeber werden Vorbehalte wegen möglicherweise vorhandener Leistungseinschränkungen abgebaut.

Zum anderen muß vielfach die berufliche Qualifikation arbeitsloser Hilfeempfänger an die Anforderungen des Arbeitsmarktes herangeführt werden. Zu diesem Zweck soll eine verpflichtende Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Arbeitsämtern erfolgen. Die Kosten für Maßnahmen der Arbeitsverwaltung erstatten erforderlichenfalls die Sozialämter.

2. Der Arbeitsanreiz für schwer vermittelbare Sozialhilfeempfänger soll durch höhere Freibeträge verbessert werden. Diese Freibeträge sollen auf 6 Monate befristet und degressiv gestaltet werden. Darüber hinaus sollen anrechnungsfreie Zuschüsse zu einer Saisonbeschäftigung geleistet werden können.

Der gegenwärtige Freibetrag von maximal 260 DM, der beim Erwerbseinkommen des Hilfeempfängers anrech-

nungsfrei bleibt, stellt für viele Sozialhilfeempfänger einen zu geringen Anreiz dar, eine möglicherweise unterdurchschnittlich bezahlte oder weniger attraktive Arbeit anzunehmen.

Damit es nicht auf Dauer beim Alles-oder-Nichts-Prinzip bleibt - entweder wird der Lebensunterhalt vollständig durch Sozialleistungen oder vollständig durch eigenes Erwerbseinkommen bestritten - müssen für schwer vermittelbare Sozialhilfeempfänger besondere Brücken ins Arbeitsleben gebaut werden. Die vorgesehenen Sonderregelungen stellen keine Daueralimentation durch die Sozialhilfe dar, sondern schaffen einen zeitlich begrenzten Anreiz, auch niedriger entlohnte Dauertätigkeiten im allgemeinen Arbeitsmarkt anzunehmen.

3. Bei Verweigerung zumutbarer Arbeit soll künftig verbindlich eine Kürzung des Regelsatzes um 25 % vorgesehen werden.

Bereits nach geltendem Recht können Einschränkungen der Hilfe zum Lebensunterhalt dann erfolgen, wenn der Sozialhilfeempfänger zumutbare Arbeit verweigert. Die nähere Entscheidung liegt jedoch im Ermessen des Sozialhilfeträgers, so daß diese Vorschrift in der Praxis bislang sehr unterschiedlich vollzogen wird.

Durch eine verbindlich vorgegebene Rechtsfolge werden die Sozialämter von schwierigen, verwaltungsintensiven Ermessensentscheidungen im Einzelfall entlastet.

Es geht aber auch darum, die Akzeptanz in der Gesellschaft für soziale Leistungen aufrecht zu erhalten. Diese Akzeptanz schwindet, wenn die Menschen, die mit ihrer Arbeit soziale Leistungen erst möglich machen, das Gefühl haben, daß sich andere auf ihre Kosten ausruhen. Soziale

Leistungen dürfen nicht zu einer falschen Bequemlichkeit führen. Das zerstört Leistungsbereitschaft und höhlt das notwendige Arbeitsethos in der Gesellschaft aus. Das haben auch die beiden großen Kirchen in ihrem Diskussionspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Bedarfsbemessung

- Gleichgewichtige Entwicklung von Sozialhilfe und Einkommen
- Konkretisierung des Lohnabstandsgebotes

1. Ab 1999 soll der Bund Mindestregelsätze festsetzen, die jährlich nach der statistischen Veränderung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten fortgeschrieben werden. Die Länder können aufgrund regionaler Besonderheiten unter Beachtung des Lohnabstandsgebotes Erhöhungen vornehmen.

Die Fortschreibung der Regelsätze war in der Vergangenheit oft Gegenstand situationsabhängiger politischer Entscheidungen. Im Interesse der Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit der Regelsatzentwicklung soll – vergleichbar der Rentenformel – ein externer Steuerungsmechanismus festgelegt werden, der ständige politische Anpassungsentscheidungen überflüssig macht.

Die Basis für die Regelsatzanpassung muß für ganz Deutschland neu justiert werden. Dafür eignet sich die erste gesamtdeutsche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993, aus der wegen der Komplexität der Materie erst

bis 1999 die nötigen Instrumente entwickelt werden können. Die jährliche Anpassung nach den genannten Parametern bedeutet eine Anbindung der Regelsätze an die allgemeine Einkommensentwicklung im Rahmen des Bedarfsdeckungsprinzips. Die Anpassung der Mindestsätze wird auf den Bund übertragen, weil schon derzeit die Regelsätze kaum differieren. Die Länder bleiben in der Verantwortung, regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

2. Die am 30. 6. 1996 geltenden Regelsätze der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt sollen für eine Übergangszeit von 3 Jahren in demselben Umfang angehoben werden, wie die Nettoarbeitsentgelte in den alten Ländern steigen.

Mitte 1996 läuft die Deckelung der Regelsatzanpassungen, die Regierung und SPD im Zuge des Föderalen Konsolidierungsprogramms und des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms 1993 beschlossen haben, aus. Da eine Neubestimmung der Regelsatzbasis erst nach Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 möglich ist, ist bis 1999 eine Übergangsregelung nötig.

Kein Nachholbedarf

Die vorgeschlagene Anbindung an die Nettoarbeitsentgelte der alten Länder ist gerechtfertigt, weil es einerseits im Vergleich zur Entwicklung von Renten, Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen bei den Regelsätzen keinen Nachholbedarf gibt. So sind von 1984 bis 1994 die Regelsätze um 48% gestiegen, die durchschnittlichen Nettoverdienste der Arbeitnehmer dagegen um 35%. Andererseits wird durch die Anbindung

3. Es soll klargestellt werden, daß die Hilfe zum Lebensunterhalt künftig um einen bestimmten Prozentsatz unter den Nettoarbeitsentgelten bzw. verfügbaren Einkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen liegen muß. Einmalige Leistungen der Sozialhilfe sind in die Vergleichsrechnung ebenso einzubeziehen wie einmalige Zahlungen an die Arbeitnehmer.

an die allgemeine Einkommensentwicklung sichergestellt, daß auch Sozialhilfempfänger von Einkommenszuwächsen profitieren.

Die gegenwärtige, von Koalition und SPD 1993 beschlossene gesetzliche Definition des sogenannten Lohnabstandsgebotes bedarf einer Konkretisierung.

Durch die Einbeziehung einmaliger Leistungen und Zahlungen werden wichtige Zweifelsfragen zum Lohnabstandsgebot ausgeräumt. Für die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes ist nach wie vor der Vergleich von Bedarf und Einkommen von Haushaltsgemeinschaften bis zu 5 Personen entscheidend.

Gerechter und flexibler

Mit der Neuberechnung der Bedarfsbasis im Jahr 1999 wird jedoch der derzeitige feste Betrag (260 DM) durch einen prozentualen Wert (Vorschlag: 15 Prozent) ersetzt. Dieses Verfahren ist gerechter, weil regionale Lohnunterschiede besser berücksichtigt werden können. Es ist flexibler, weil eine automatische Anbindung an Regelsätze und Einkommen stattfindet. Es ist klarer, weil sich die Höhe des notwendigen Lohnabstands unmittelbar aus dem Gesetz ergibt.

Eine Modellrechnung auf der Basis bundeseinheitlicher Regelsätze, länderspezifischer Mieten und der gegenwärtigen Sozialversicherungsbeiträge, die auch

schon den geplanten Familienleistungsausgleich und die steuerliche Freistellung des Existenzminimums ab 1996 berücksichtigt hat, hat ergeben, daß in den alten Ländern durchschnittlich ein Abstand von 16,3 v.H. zum verfügbaren Arbeitnehmereinkommen eingehalten würde. Die Berechnung zeigt auch, daß die steuerliche Freistellung des Existenzminimums sowie die Verbesserung des Familienleistungsausgleichs entscheidende Instrumente zur Wahrung eines ausreichenden Lohnabstandes sind und bleiben. Die Unterstellung, das vorgeschlagene Lohnabstandsgebot führe zu einer Reduzierung des Existenzminimums, ist falsch.

97% des Westniveaus

In den neuen Bundesländern erreichen die Regelsätze zwar bereits 97% des Westniveaus. Wegen der dort noch niedrigeren Arbeitseinkommen wird aber nur ein durchschnittlicher Abstand in Höhe von 13,5 v. H. zum verfügbaren Arbeitnehmereinkommen erreicht.

Da sich die Löhne und Gehälter in den neuen Ländern weiter dem Westniveau angleichen, empfiehlt es sich, die Festschreibung eines prozentualen Lohnabstands erst 1999 vorzunehmen.

4. Einmalige Leistungen der Sozialhilfe sollen soweit wie möglich pauschaliert werden.

Viele Sozialämter sind heute stark durch die Einzelberechnung einmaliger Leistungen für Bekleidung, Schuhe, Hausrat usw. belastet. Diese Leistungen machen durchschnittlich 16 bis 20% der monatlichen Regelsätze aus.

Es geht bei diesem Vorschlag nicht um Einsparungen, sondern um eine Verwaltungsvereinfachung, die den Sozialämtern mehr Zeit für andere Aufgaben – wie die Beratung der Hilfesuchenden – läßt.

Sozialhilfe in

Einrichtungen

- Mehr Wirtschaftlichkeit in Einrichtungen bei hoher Leistungsqualität
- Gerechtere Entlohnung von Behinderten in Werkstätten

Die Hilfe in Einrichtungen wurde seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes im Jahre 1962 qualitativ und

1. Die Pflegesätze in Einrichtungen sollen in den Kalenderjahren 1996, 1997, 1998 nicht stärker steigen als die allgemeinen Löhne. Ab 1999 erfolgt die Vergütung durch Pauschalen für Leistungskomplexe.

inhaltlich stark verbessert und ausgebaut. Dieser Prozeß ist im wesentlichen abgeschlossen. Dennoch sind die Sozialhilfeaufwendungen für die Hilfeempfänger in Einrichtungen viele Jahre um zweistellige Beträge gestiegen, zuletzt von 1989 bis 1993 um jahresdurchschnittlich 12,1%, bei im wesentlichen gleichbleibenden Zahlen von Hilfeempfängern. In den Einrichtungen wird rund um die Uhr wertvolle Arbeit geleistet. Ohne das Engagement der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnte vielen Menschen nicht geholfen werden. Dennoch müssen auch in Einrichtungen durch eine Begrenzung der Ausgabensteigerung Wirtschaftlichkeitsreserven stärker als bisher genutzt werden. Die über zweijährigen Erfahrungen mit dem Gesundheitsstrukturgesetz in bezug auf die Krankenhäuser zeigen, daß dies ohne Qualitätseinbußen möglich ist. Die Pflegesätze der Sozialhilfe im Einrichtungsbereich werden für eine

Übergangszeit von 3 Jahren auf den allgemeinen wirtschaftlichen Zuwachs begrenzt. Damit in Zukunft Wettbewerb und Preisvergleiche ermöglicht werden, sind vergleichbare Leistungskomplexe zu entwickeln. Dafür wird der Praxis ein Vorlauf von 3 Jahren eingeräumt.

2. Die Arbeitsentgelte der Behinderten in Werkstätten sollen verbessert werden.

Behinderte in Werkstätten erhalten je nach Arbeitsleistung ein Arbeitsentgelt von derzeit durchschnittlich nur 200 DM im Monat, obwohl in vielen Werkstätten eine hochwertige Arbeitsleistung erbracht und hohe Überschüsse erwirtschaftet werden. Diese Überschüsse kommen jedoch in zu geringem Umfang den Behinderten zugute.

Nach dem Vorschlag werden die Werkstatteinnahmen, die abzugsfähigen Ausgaben sowie die Anteile für die Entlohnung der Behinderten gesetzlich genau definiert. Auf diese Weise können die Behinderten gerechter entlohnt werden. Die Verwendbarkeit der Werkstatteinnahmen für andere Zwecke wird eingeschränkt.

**Verbesserung
der Zielgenauigkeit
der Sozialhilfe**

- Sozialstaat gerechter gestalten

1. Sozialleistungsträger sollen künftig verpflichtet werden, aufgrund überschlägiger Prüfung der Leistungsvoraussetzungen ggf. Überschüsse zu leisten, wenn ausreichende Hinweise des Antragstellers auf seine Bedürftigkeit vorgelegt werden.

Die mittlere Bezugsdauer von Sozialhilfe beträgt, wie neuere Studien belegen, 9 Monate, im Falle des Verlustes des Arbeitsplatzes und des Wartens auf vorrangige Leistungen 4 Monate. In 400 000 Fällen pro Jahr, von insgesamt 2,4 Mio. Empfängern laufende Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1993 also $\frac{1}{6}$, tritt Hilfebedürftigkeit nur deshalb ein, weil Anträge auf vorrangige Sozialversicherungsleistungen nicht zeitgerecht bearbeitet werden.

Nach dem Vorschlag soll die Benutzung der Sozialhilfe als „Vorschußkasse“ dadurch eingeschränkt werden, daß schneller und verbindlicher als nach geltendem Recht Vorschüsse vorrangiger Sozialleistungsträger geleistet werden müssen. Die Sozialhilfe wird so vor allem vom kostenintensiven Verwaltungsaufwand späterer Erstattungsverfahren entlastet.

2. Zukünftig sollen rückständige Mieten von der Sozialhilfe übernommen werden, wenn sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Räumungsklagen sollen von den Amtsgerichten den Sozialhilfeträgern gemeldet werden, damit diese rechtzeitig vorbeugend tätig werden können.

Nach einer Studie aus dem Jahr 1992 gab es im früheren Bundesgebiet 260 000 bis 300 000 wohnungslose Personen. Knapp 90 000 weitere Haushalte waren durch Räumungsklagen von Wohnungsverlust bedroht. Zugleich zeigt eine Untersuchung des Deutschen Städtetages, daß Obdachlosigkeit etwa 7mal teurer kommt als vorbeugende Hilfe zum Erhalt der Wohnung.

Entscheidende Impulse zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit haben sicherlich von der Wohnungspolitik, vom Miet- und Wohngeldrecht auszugehen. Aber auch bestehende Lücken im Hilfsinstrumentari-

um des Sozialhilfrechts müssen geschlossen werden.

3. Die gegenseitige Unterstützungsverpflichtung in Haushaltsgemeinschaften wird im Verhältnis zur Sozialhilfe konkretisiert.

Immer mehr Menschen leben in Haushaltsgemeinschaften oder eheähnlichen Gemeinschaften zusammen, in denen gegenseitig Leistungen zum Lebensunterhalt gewährt werden, ohne daß eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht. Solche Unterstützungsleistungen sind von der Sozialhilfe zu berücksichtigen. Die vorgesehene Regelung soll eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung bewirken und Kapazitäten für andere Aufgaben der Sozialämter schaffen. Die Regelung soll nicht greifen bei Kindern, Pflegebedürftigen und vergleichbar zu betreuenden Personen.

Rechtsangleichung in den neuen Ländern

● Soziale Einheit in Deutschland gestalten

Die Mehrbedarfsregelung für Erwerbsunfähige und über 65jährige sowie Blindenhilfe und Pflegegeld werden dem Recht in den alten Ländern angeglichen.

Wegen der unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den neuen Ländern und wegen der Zahlung des Sozialzuschlags zu den Niedrigrenten galten bestimmte Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes dort bisher nicht. Die vorgeschlagene Regelung bedeutet, daß in den neuen Ländern der 20%ige Mehrbedarf für Erwerbsunfähige und über 65jährige wie in den alten Ländern gezahlt werden kann. Auch Blindenhilfe und Pflegegeld werden an die Regelungen in den alten Ländern angepaßt.

Eine couragierte Wehrbeauftragte mit Kompetenz und Herz

Zur Wahl von Claire Marienfeld als Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Mit Claire Marienfeld hat der Deutsche Bundestag eine couragierte Persönlichkeit mit Herz zur Wehrbeauftragten gewählt.

Die beeindruckende Mehrheit bringt die breite Zustimmung – weit über die Koalition hinaus – zu Frau Marienfeld zum Ausdruck, und stärkt ihr vor allem den Rücken für die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollfunktion über die Bundeswehr.

Ich bin mir sicher, die Bundeswehr – überwiegend eine Männerwelt – wird Claire Marienfeld rasch als gewinnende und gleichwohl durchsetzungsfähige Anwältin ihrer großen und kleinen Sorgen schätzen lernen.

Engagiert und klug

Und ich bin mir auch sicher, daß Claire Marienfeld engagiert, klug und kompetent die richtigen Akzente in ihrem Amt setzen wird. Wie ich sie kenne, wird sie dabei an ihre bisherigen Schwerpunkte anknüpfen und sich vor allem des vorbehaltlosen Rückhaltes der Bundeswehr in der Gesellschaft, der politischen Klarheit zum Auftrag der Streitkräfte, der Planungssicherheit in der Bundeswehr sowie angemessener Fürsorgemaßnahmen für Soldaten und zivile Mitarbeiter mit ihren Familien annehmen.

Sie wird es sich dabei nicht nehmen lassen, Problemen vor Ort und persönlich – auch unkonventionell – auf den Grund zu gehen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Claire Marienfeld und wünscht ihr eine glückliche und erfolgreiche Hand in ihrem Amt. Zugleich spricht sie Alfred Biehle ausdrücklich ihren Dank für sein Engagement als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages aus.

* * *

Eine gute Wahl

Anlässlich der Wahl von Claire Marienfeld erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:

Mit großer Mehrheit – mehr als ein Drittel der Stimmen! – hat der Deutsche Bundestag in seiner heutigen Sitzung Claire Marienfeld, Mitglied im Verteidigungsausschuß, zur Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewählt. Somit vertritt erstmalig eine Frau die Interessen der Angehörigen der Streitkräfte. Ich denke: das ist eine gute Wahl.

Möglich wurde die Wahl von Frau Marienfeld durch eine Änderung des Wehrdienstbeauftragtenengesetzes: Seit 1990 muß der/die Wehrdienstbeauftragte nicht mehr selber Wehrdienst geleistet haben, um dieses Amt bekleiden zu können.

Glück und Segen

Im Namen der Frauengruppe gratuliere ich Frau Marienfeld von Herzen zu Ihrer Wahl. Für Ihre neue Aufgabe wünsche ich viel Erfolg, Glück und Gottes Segen. Ich bin sicher, daß die Anliegen, Rechte und Interessen der Bundeswehr-Angehörigen bei ihr in sehr guten Händen liegen.

Aufbau und Entwicklung mittelständischer Handelsstrukturen in den neuen Ländern

„Wenn die DM nicht zu uns kommt, kommen wir zur DM“, so ein drohender Hilferuf aus dem Osten im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion. Die DM kam. Dennoch entwickelte sich nach der Vereinigung zunächst unter den neuen Bürgern der Bundesrepublik ein ausufernder Einkaufstourismus nach Westdeutschland — zum Nutzen der dortigen Händler.

Grund hierfür war das sehr lückenhafte Angebot des Einzelhandels in den neuen Bundesländern. Während der DDR-Zeit gab es in Ostdeutschland nicht nur einen umfänglichen Mangel an verbrauchergerichten Gütern und Dienstleistungen, sondern auch ein gewaltiges Defizit an Einzelhandelseinrichtungen. So betrug die Einzelhandelsfläche je Einwohner mit ca. 0,3 m² bis zur Wende nur ein Drittel der Pro-Kopf-Einzelhandelsfläche in Deutschland (gut 1 m² je Einwohner).

Es galt daher, ein vergleichbares Einzelhandelsangebot in Sortimentsbreite, Qualität und Preis so schnell wie möglich auch in den neuen Bundesländern herzustellen. Unmittelbar nach der Wende sind daher vielfältige Maßnahmen ergriffen worden, einen eigenständigen ostdeutschen mittelständischen Handel neu zu begründen.

- Bereits bei der Privatisierung der Handelsorganisation (HO) wurde dafür Sorge getragen, daß bei den zu veräußernden Ladengeschäften der Hauptanteil (80 Prozent) an ostdeutsche Bewerber ging.
- Durch ein breit angelegtes mittelstands-

politisches Förderinstrumentarium sind zahlreiche Unternehmensgründungen angestoßen worden. Allein im Handel haben rund 22.000 Existenzgründer Darlehen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms und knapp 30.000 Unternehmensgründer Darlehen aus dem ERP-Existenzgründungsprogramm erhalten. Das sind ca. 5 Mrd. DM vergebene Darlehen, mit denen Investitionen von mehr als 10 Mrd. DM angeschoben sowie 40.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert wurden. Die Zahl der Verkaufsstellen hat sich seit 1989 auf ca. 74.000 verdoppelt.

- Im Rahmen der Investitionsförderung erhielten mittelständische Handelsbe-

Von Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft

triebe in den Anfangsjahren Investitionszulagen. Es werden gegenwärtig Möglichkeiten geprüft, im Zusammenhang mit der Verlängerung der Investitionszulage in modifizierter Form auch den selbständigen, mittelständischen Handel miteinzubeziehen — und nur diesen. Die Förderung von großen Filialsystemen soll weiterhin bewußt ausgeschlossen bleiben.

- Mit der Förderung der Unternehmensberatung sowie von Schulungs- und Informationsveranstaltungen wurde die

Qualifikation der Einzelhandelskaufleute wesentlich verbessert und ausgebaut.

Als Summe aller dieser Anstrengungen kann heute festgestellt werden, daß sich die Zahl der mittelständischen Einzelhändler in den neuen Bundesländern gegenüber der Zeit vor der Wende mehr als verfünffacht hat. So gibt es heute in den neuen Bundesländern ca. 140.000 Einzelhändler, die insgesamt 450.000 Mitarbeiter beschäftigen. Die Einzelhandelsfläche in den neuen Bundesländern hat sich verdoppelt. Ein Mangel an selbständigen Einzelhändlern kann nicht festgestellt werden.

Rascher Aufholprozeß

Dieser rasche Aufholprozeß war nur möglich durch die Mobilisierung aller für den Einzelhandel geeigneten Gewerbeflächen. Die Voraussetzungen hierfür waren an den sog. nicht-integrierten Standorten auf der grünen Wiese am günstigsten. Hier gab es genügend Platz und die Eigentumsverhältnisse waren klar. Der Aufholprozeß ist daher zunächst schwerpunktmäßig in den Außenbezirken bzw. vor den Städten schnell vorangekommen, während die Innenstadtstandorte nur allmählich von der Entwicklung erfaßt wurden. Dieses überproportionale Wachstum von Standorten auf der grünen Wiese — mit den hiermit verbundenen bekannten Problemen — war die nicht immer gewollte Folge des Bestrebens, die Versorgungssituation in den neuen Bundesländern rasch zu verbessern.

Nachdem der „erste Bedarf“ nunmehr gedeckt ist, gilt es mit einer verstärkten Einzelhandelsansiedlung an Innenstadtstandorten wohnungsnaher Angebote und eine ausgewogene Einzelhandelsstruktur gezielt zu fördern.

Eine solche Ansiedlungspolitik ist auch ein wichtiger Eckstein bei der Revitalisie-

rung ostdeutscher Innenstädte. Die Innenstadt ist typischer Standort für den mittelständischen Fachhandel. Mit der Wiederherstellung attraktiver Innenstädte, bei der der Einzelhandel ein wichtiger Baustein ist, wird ein Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität der Bürger geleistet.

Schon vor zwei Jahren ist deshalb von der Bundesregierung eine Initiative zur Revitalisierung ostdeutscher Innenstädte ins Leben gerufen worden, um die Stoßrichtung der Investitionen von der grünen Wiese auf die Innenstadtbereiche umzulenken. Mitte 1993 wurde auf Vorschlag und mit Zuschüssen des Bundeswirtschaftsministeriums das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) gegründet. Zusätzliche Impulse für die Revitalisierung könnten auch die Überlegungen zur Neugestaltung des Förderkonzeptes der Gemeinschaftsaufgabe (GA) bewirken. Es wird angestrebt, daß die Nutzung von GA-Infrastruktur-Fördermaßnahmen durch ansonsten nicht GA-förderfähige, aber für die Innenstadt typische Dienstleistungsunternehmen erleichtert wird.

Lücken schließen

Nicht vergessen werden darf die Versorgung des ländlichen Raumes. In der sozialistischen Arbeitsteilung der DDR-Planwirtschaft waren hierfür die Konsumgenossenschaften zuständig. Diese waren in besonderem Maße von dem Strukturwandel betroffen. Über 10.000 kleine Ladengeschäfte mußten schließen. Hierdurch hat sich für einzelne Bevölkerungsgruppen im ländlichen Bereich eine Erschwerung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des Handels ergeben.

Gleichwohl haben sich aber schwerwiegende Versorgungsprobleme nicht

Das Unterbringungskonzept steht

Die Standorte der Bundesministerien in Berlin liegen fest. Das Bundeskabinett hat dem Unterbringungskonzept, das Bundesbauminister Klaus Töpfer vorgelegt hat, am 14. März zugestimmt.

Die bisherige Planung aus dem Juni 1994 wird in einigen Punkten modifiziert. Diese Änderungen sind notwendig geworden, um das ehemalige Staatsratsgebäude erhalten zu können und weitere Neubauanteile einzusparen.

Bundesbauminister Klaus Töpfer: Mit dem neuen Unterbringungskonzept der Bundesregierung, das bereits mit dem Berliner Senat abgestimmt ist, ist eine tragfähige Grundlage gegeben für einen sanften Umzug, der die gegebenen Berliner Stadtstrukturen berücksichtigt und weitgehend ohne Neubau-

ten auskommt. Lediglich das Bundeskanzleramt wird ein neues Gebäude im Spreebogen bekommen. Für alle anderen Ministerien sind Altbauten geplant, die nur im Einzelfall um Erweiterungsbauten ergänzt werden müssen. Wir werden nun die Umbau-

Standorte der Ministerien in der Bundeshauptstadt Berlin

planungen für die verschiedenen Liegenschaften sehr schnell so weit konkretisieren, daß die entsprechenden Ausschreibungen für die Auftragsvergabe beginnen können. Der Beschluß der Bundesregierung bedeutet damit einen weiteren Schritt hin zur termingerechten Umsetzung des Umzuges in den Jahren 1998 bis 2000.

gezeigt, da verstärkt mobile Verkaufseinrichtungen und andere Lösungen die entstandene Lücke im Einzelhandelsangebot geschlossen haben. Bundes- und Landesregierungen haben verschiedene Lösungsansätze entwickelt, die Nahversorgung im ländlichen Raum zu verbessern. Erwähnt seien hier nur die Pilotprojekte zum Nachbarschaftsladen 2000, mit denen versucht wird, über die Anreicherung der Einzelhandelstätigkeit mit anderen Dienstleistungen die wirtschaftliche Tragfähigkeit auch kleiner Betriebe zu erreichen (Postamt in der Apotheke).

Die räumliche Struktur und Ausgangssituation der einzelnen Bundesländer ist sehr unterschiedlich, so daß sich die Situation für jedes Bundesland anders darstellt. Die Landesregierungen haben

unterschiedliche, auf die Verhältnisse des jeweiligen ostdeutschen Bundeslandes zugeschnittene Maßnahmen ergriffen. Die Länder Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben Investitionszuschußprogramme für Einzelhändler in ländlichen Gebieten außerhalb von zentralen Orten aufgelegt. Das Land Brandenburg strebt eine Kombination von Großhandel und Nachbarschaftsläden an.

Der Wandel im Handel ist in vollem Gang. Das Ergebnis dieses Prozesses ist noch offen. Über die zukünftige Struktur des Einzelhandels — Konsumtempel vor der Stadt, Tante-Emma-Laden an der Ecke oder etwas zwischendrin — entscheiden aber letztendlich die, um deren Interessen es geht — Käufer und Händler.

Gestärkter Wirtschaftsflügel macht mobil

Der Wirtschaftsflügel der Union wird künftig nur noch durch eine Vereinigung vertreten. Auf der Bundesdelegiertenversammlung der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung (MIT) am 31. März/1. April in Hannover schlossen sich MIT und Wirtschaftsvereinigung der CDU zur Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zusammen. Vorsitzender wurde der Stuttgarter Unternehmer Klaus E. Bregger, der bereits seit 1993 MIT-Vorsitzender war.

Der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gehören nun rund 43.000 Mitglieder an. Sie vertritt nicht nur die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe in der Union und in der Politik, sondern auch die des Industriellen Mittelstandes. Zusätzlich soll der Kontakt zu neuen Gruppen intensiviert werden, wie etwa zu den Dienstleistern oder zu Jungunternehmern.

Ziele des Wirtschaftsflügels in zehn Punkten

Die Ziele der MIT umriß Bregger in einem 10-Punkte-Programm. Er betonte unter anderem, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit Hauptaufgabe der Politik sei. Der Mittelstand könne diese schwierige Aufgabe lösen, sei dabei aber auf bessere Rahmenbedingungen angewiesen. Die Selbständigen müßten gesellschaftspolitisch aufgewertet werden. Mit zirka 300 Milliarden Mark seien Deutschlands Arbeitnehmer die größten Steuerzahler. Die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, senke die Sozialkosten und schaffe somit die Voraussetzung für Steuerersenkungen. Das Motto der Politik müsse

deswegen lauten: „Arbeitsplätze mehren, Steuern mindern.“

Bregger erneuerte seine Forderung nach Begünstigung der in den Unternehmen verbleibenden Gewinne. Sie sollten nur noch mit dem halben Steuersatz belastet werden, um so die Eigenkapitalquote mittelständischer Unternehmen zu verbessern. Die Steuerpolitik müsse endlich wieder die belohnen, die mit Arbeitsplätzen Geld verdienen, nicht aber diejenigen, die mit Geldanlagen ihr Geld verdienen.

Scharfe Kritik übte der CDU-Politiker an der geltenden Subventionspraxis. Nicht die „Sterbekammern maroder industrieller Kerne“ dürften gefördert werden, sondern die Geburtsstätten mittelständischer Unternehmen, nicht Subventionen in die Vergangenheit, sondern Investitionen in die Zukunft, in neue Arbeitsplätze würden gebraucht.

Ferner forderte Bregger die Fortsetzung der Deregulierungsoffensive in Deutschland und Europa und verstärkte Sparanstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Bregger kündigte an, die MIT werde die acht Stromkartelle aufbrechen, um die billigen Strompreise der Franzosen zu erhalten und der Konzentration im Entsorgungsbereich Einhalt zu gebieten. Konzentrationsbewegungen müßten auch auf Ebene der EU gestoppt werden. 93 Prozent aller Betriebe in Europa hätten weniger als zehn Mitarbeiter. Und deshalb müsse sich auch die Politik für Europa am Mittelstand orientieren.

Schließlich forderte der MIT-Bundesvorsitzende ein Umdenken in der Sozialpolitik. Arbeit müsse sich wieder mehr lohnen

als Nicht-Arbeit. Arbeitslose Arbeitswillige müssen stärker unterstützt werden als arbeitslose Arbeitsunwillige. Sozialleistungen, wie beispielsweise die Sozialhilfe, dürfen nur den wirklich Bedürftigen zugute kommen.

Wolfgang Schäuble bekennt sich zum Mittelstand

Für eine einschneidende Reform der Sozialhilfe sprach sich auch der Gastredner auf der Bundesdelegiertenversammlung, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble, aus. Das System müsse so verändert werden, daß es für Menschen wieder interessant werde zu arbeiten.

Der CDU/CSU-Fraktionschef kündigte an, daß die Bonner Koalitionsfraktionen noch bis zum Sommer ein Konzept zur Entlastung der Bürger und zur Senkung der Staatsquote vorlegen werden, das bis zum Jahr 2000 umgesetzt werden soll. Schäuble sprach sich für die Abschaffung der Gewerbesteuer aus. Die Beseitigung der Gewerkekapitalsteuer im Jahressteuergesetz sei der erste Schritt. Für die Einnahmeausfälle der Kommunen müsse eine Ersatzlösung gefunden werden. Der Unions-Fraktionschef verteidigte die beim Mittelstand umstrittene Senkung der degressiven Abschreibung als Kompensation zur Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer.

Diese Kompensation war zuvor von Klaus E. Bregger und der überwältigenden Mehrheit der mittelständischen Delegierten heftig kritisiert worden. Es sei unannehmbar, daß vor allem kleinere und mittlere Unternehmen mit einer Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten den Wegfall der Gewerbesteuer bezahlen sollten, der vor allem den Großen zugute kämen.

Hansjürgen Doss, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM), kündigte den Widerstand der Abgeordneten des Mittelstandes gegen die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen an. Seine Gruppe werde eigene Einsparvorschläge vorlegen, um diese Benachteiligung des Mittelstandes zu vermeiden. Doss forderte zudem eine deutliche Senkung der Staatsquote.

Daß die MIT nicht nur von der Politik Sparsamkeit fordert, sondern auch selbst zur Sparsamkeit bereit ist, konnte MIT-Hauptgeschäftsführer Peter Helmes beweisen. Er erläuterte, daß die Arbeit der MIT neuorganisiert wurde, wodurch die Kosten gesenkt werden konnten. Die Finanzen der MIT seien konsolidiert, dank der Anstrengungen des Bundesschatzmeisters, Dr. Friedrich Hassbach, und der Solidarität der Beitragszahler.

Effizienter sei die Arbeit des Bundesvorstandes und der Kommissionen geworden. Themen seien in festgelegten Fristen zügig bearbeitet worden. In Zukunft müsse nun der „Markt Mittelstand“ zielgerichtet und konsequent in seinen unterschiedlichen Zielgruppen erschlossen werden. Die MIT werde als Anwalt verschiedener Gruppen wie Handwerker, Dienstleister, Hausbesitzer oder Einzelhändler auftreten. Die Arbeit der MIT ruhe auf verschiedenen Säulen. Die zu verstärken sei Aufgabe des neuen MIT-Bundesvorstandes.

Dem neuen MIT-Bundesvorstand gehören an:

Klaus E. Bregger (Vorsitzender), Hansjürgen Doss, MdB, Horst Faber, MdA, Marion Fischer, MdL, Ernst Hinsken, MdB, Peter Jungen, Christian Schwarz-Schilling, MdB, Hartmut Schauerte, MdB, und Prof. Jürgen Zimmermann (stellvertretende Bundesvorsitzende).

Klima im Wandel – das geht auch Sie an!

3teilige Vortragsreihe zum Klimagipfel in Berlin

Teil I: Das Weltklima-Problem

Eine aktuelle Bestandsaufnahme nach der Berliner UN-Konferenz. Mit Prof. Dr. Christian Schönwiese, Klimatologe, Direktor des Zentrums für Umweltforschung der Universität Frankfurt.

Termin: 11. Mai 1995, 19 Uhr

Ort: Mainz, Kurfürstliches Schloß, Spiegelsaal.

Teil II: Klimaverträgliche Energieversorgung – technisch machbar und wirtschaftlich verkraftbar?

Mit Prof. Dr. Alfred Voss, Prof. für Energiewirtschaft und Energiesysteme an der Universität Stuttgart. Mitglied der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des 12. Deutschen Bundestages.

Termin: 23. Mai 1995, 19 Uhr

Ort: Mainz, Kurfürstliches Schloß, Spiegelsaal.

Teil III: Die Antwort der Politik auf die energiepolitische Herausforderung

Mit Christian Lenzer, MdB, Leiter der Arbeitsgruppe Forschung, Wissenschaft, Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Termin: 3. Juli 1995, 19 Uhr

Ort: Mainz, Kurfürstliches Schloß, Leibnizsaal.

Anmeldungen bitte formlos auf einer Postkarte an folgende Anschrift:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungswerk Mainz
Weißliliegasse 5
55116 Mainz**

Journalistenpreis der Adenauer-Stiftung an „Berliner Morgenpost“

Die Bezirksredaktion der „Berliner Morgenpost“ erhält den mit 10.000 Mark dotierten Lokaljournalistenpreis 1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ausgezeichnet wurde die Serie über Großsiedlungen in der Stadt, teilte die Stiftung am 28. März in Sankt Augustin mit.

Der zweite Preis (5.000 Mark) ging an die „Chemnitzer Morgenpost“ für die Serie „Tips und Tricks für Ihre Behördengänge“. Der dritte Preis ging mit 2.500 Mark an die „Grafschafter Nachrichten“ in Nordhorn für die Serie über

die sächsische Partnerstadt Reichenbach. Sechs weitere Sonderpreise gingen mit je 1.000 Mark an Brigitte und Gerhard Weber von der „Leipziger Volkszeitung“, Frank Nipkau („Westfalen-Blatt“/Minden), Harald Baumer („Nürnberger Nachrichten“), Ulrike Walden („Kölner Stadt-Anzeiger“), Petra Neumann-Prystaj („Darmstädter Echo“) sowie an die „Cannstatter Zeitung“/„Untertürkheimer Zeitung“ für ihr lokales Politikkonzept. Mit 405 Einsendern erreichte der seit 15 Jahren verliehene Preis einen neuen Rekord.

Europäisches Parlament und nationale Parlamente müssen zusammenarbeiten

Als einen „großen Erfolg“ hat der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die erste parlamentarische Konferenz der christdemokratischen und konservativen Parteien aus 31 Staaten Europas bezeichnet.

Die Konferenz, an deren Vorbereitung Pöttering für die EVP-Fraktion maßgeblich mitgewirkt hat, habe gezeigt, daß alle teilnehmenden Parteien sich engagiert für die Einigung Europas einsetzen. Es sei deutlich geworden, so der CDU-Europapolitiker, daß alle Abgeordneten ein handlungsfähiges Europa anstreben. Dieses erfordere grundsätzliche Mehrheitsentscheidungen im Rat und ein im Gesetzgebungsprozeß gleichberechtigtes Europäi-

ches Parlament. Auch habe sich gezeigt, wie wichtig der Dialog zwischen den Mitgliedern des EP und den nationalen Abgeordneten sei.

Instrument zur Kontrolle der eigenen Regierung

Im europäischen Einigungsprozeß kommen den nationalen Parlamenten, auch darüber habe Einigkeit bestanden, eine bedeutende Rolle bei der Beeinflussung und Kontrolle der eigenen Regierung als Mitglied im Ministerrat zu, erklärte Pöttering.

Nach Ansicht des stellvertretenden EVP-Fraktionsvorsitzenden sollten wegen der positiven Erfahrung dieser ersten parlamentarischen europaweiten Konferenz christlicher und konservativer Parteien in regelmäßigen Abständen vergleichbare Tagungen stattfinden.

Dialog mit Bärbel Bohley bei der Hamburger CDU

Eine neue Veranstaltungsreihe, „CDU Dialog“, soll nach den Worten des Hamburger CDU-Landesvorsitzenden Dirk Fischer „eine Plattform für die gesellschaftliche Diskussion mit interessanten Persönlichkeiten der Zeit bieten“.

Gast der Auftaktveranstaltung am 20. März war die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin des „Neuen Forums“ Bärbel Bohley. Ihrer Botschaft an Ost- und Westdeutsche, „fernab von Vorurteilen wieder aufeinander zuzugehen“, hörten fast 600 interessierte Hamburgerinnen und Hamburger zu.

Die nächste Veranstaltung der Hamburger CDU in der Reihe „CDU Dialog“ ist im kommenden Herbst geplant. Auf Ori-

entierungssuche will die Hamburger CDU auf einem „Wertekongreß“ im April gehen.

Gemeinsam mit Experten können Teilnehmerinnen und Teilnehmer über „Die Seele unserer Kinder – der Sinn unserer Zukunft“ diskutieren. Fragen der Wertevermittlung sollen im Mittelpunkt der Vorträge und der anschließenden Diskussion stehen.

Referenten sind der Schweizer Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Fritz Oser, der „Eltern“-Journalist Hans Grothe sowie Prof. Wasilius Fthenakis vom Münchner Institut für Frühpädagogik und Familienforschung.

Kandidatenlisten für Bürgerschaftswahl am 14. Mai:

Frauenanteil um über 50% gesteigert – Zwei Seiteneinsteigerinnen präsentiert

Bürgermeisterkandidat Ulrich Nölle führt nach 1991 erneut die CDU-Liste für die Bürgerschaftswahl im Zwei-Städte-Staat an. Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende wurde ohne Gegenstimme auf Platz 1 nominiert.

Dahinter folgen der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion Peter Kudella, die stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Elisabeth Motschmann und Reinhard Metz sowie CDU-Innenexperte Ralf H. Borttscheller. Bei der letzten Bürgerschaftswahl im September 1991 hatte die CDU im Land Bremen 30,7 Prozent und insgesamt 32 Mandate erreicht. Jetzt finden vorgezogene Neuwahlen am 14. Mai statt.

Als klares „Ja“ für die Frauen bezeichnete CDU-Bürgermeisterkandidat Ulrich Nölle die Tatsache, daß der Frauenanteil auch ohne Quote um über 50 Prozent gesteigert wurde. Auf den ersten 30 Plät-

zen im Wahlbereich Bremen und auf den ersten acht Plätzen im Wahlbereich Bremerhaven stehen insgesamt zwölf Frauen. Damit sei annähernd das Ziel erreicht worden, wonach der Anteil der Mandatsträgerinnen dem Anteil der Frauen in der CDU entsprechen soll.

„Wir haben wieder qualifizierte Seiteneinsteiger auf sichere Plätze gesetzt“, so Ulrich Nölle weiter. Aus dem Bereich „Wirtschaft“ wurde die Rechtsanwältin Sibylle Winther auf Platz 10, aus dem Bereich „Gewerkschaften“ die DAG-Fraktionsvorsitzende in der Angestelltenkammer Brigitte Dreyer auf Platz 13 nominiert.

Erneut galt zudem das Motto „Dem Nachwuchs eine Chance“: Die Zahl der Kandidaten unter 35 Jahren auf den Plätzen bis 30 in Bremen und bis acht in Bremerhaven stieg auf sieben; davon sind sogar fünf jünger als 30 Jahre.

Jeder Sechste ist ehrenamtlich engagiert

Jeder sechste Deutsche (17 Prozent) engagiert sich freiwillig und ehrenamtlich bei Vereinen oder in öffentlichen Ämtern. Von den Männern betätigen sich etwa 20 Prozent und bei den Frauen knapp 15 Prozent der Bevölkerung in Ehrenämtern.

Nach Feststellung des Statistischen Bundesamtes engagiert sich in den

alten Bundesländern etwa jeder fünfte und in den neuen Bundesländern fast jeder zehnte Jugendliche und Erwachsene für die Gesellschaft. Am aktivsten waren dabei die 40- bis 60jährigen. In dieser Altersklasse nahmen 22 Prozent der Personen ehrenamtliche Aufgaben wahr. Die im Alter zwischen 60 und 70 Jahren folgten nur ganz knapp dahinter.

Nützliche

Sympathiewerbemittel

für Ihre Aktionen

Das Gesamtangebot aller Informations- und Werbemittel können Sie bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Friedrich-Ebert-Allee 73, 53113 Bonn bestellen, Fax (02 28) 54 43 72.



● **Geschenkpapier** (1 Set = 20 Bogen)
Bestell-Nr.: 9592 Preis je Set: 19,60 DM



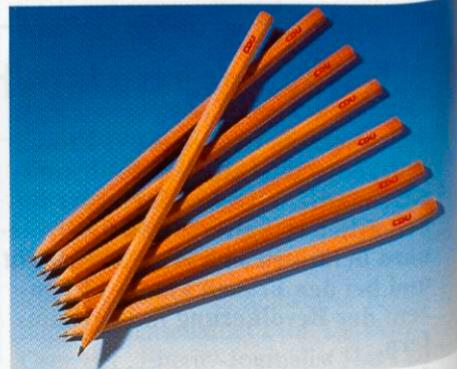
● **Euro-Straßenkarte**
Bestell-Nr.: 19542 Preis je 100 Expl.: 100,- DM



● **Notizblock** (umweltfreundlich)
Bestell-Nr.: 9813 Preis je 200 Expl.: 48,- DM



● **Nähset mit Heftpflaster**
Bestell-Nr.: 9407 Preis je 50 Expl.: 21,- DM



● **CDU-Bleistift naturbelassen**
Bestell-Nr.: 9036 Preis je 100 Expl.: 27,- DM

Canvassing- Zubehör

CDU-Pavillon mit Seitenteil

Bestell-Nr.: 0924
Preis je Expl.: 239,— DM

Füllständer für Pavillon und Sonnenschirm

Bestell-Nr.: 0459
Preis je Expl.: 12,80 DM



▲ **CDU-Sonnenschirm**
Bestell-Nr.: 0458
Preis je Expl.: 75,— DM



▲ **Europa-Sonnenschirm**
Bestell-Nr.: 0541
Preis je Expl.: 75,— DM



◀ **Canvassing-Stand aus
recyceltem Getränke-
verpackungsmaterial**
Bestell-Nr.: 0451
Preis je Expl.: 182,— DM

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: 054 23/4 1521

Alle Preise inkl.
Versand zzgl. MwSt.

Union Betriebs GMBH
Postfach 24 49
53014 Bonn

Soooviel mehr für

Familien mit Kindern

Dieses Plakat können Sie kostenlos (solange der Vorrat reicht) über die CDU-Bundesgeschäftsstelle beziehen.

Bei Bedarf tragen Sie bitte auf dem Coupon die gewünschte Menge sowie Ihre Versandanschrift ein und faxen oder senden eine Kopie dieser Seiten an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn • Fax (02 28) 5 44-3 41

Ja, bitte senden Sie mir _____ Expl.
an folgende Anschrift:

UiD

12/1995

Das CDU Familien-Förderprogramm:

Soooviel mehr für Familien mit Kindern.

200 DM Kindergeld
für das erste und zweite Kind.
300 DM Kindergeld
ab dem dritten Kind.



● Poster DIN A 1

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5 44-4 21. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.